ATOMWAFFEN – AB INS BUCH DER GESCHICHTE

SCHLUSS MIT GEWALT. FRIEDENSARBEIT JETZT!

www.bergwolf.agency

P R E S S E C L I P P I N G T P N W 22. Jänner 2021

Wir begrüßen den UN-Vertrag über das Verbot von Atomwaffen (TPNW). Der international bindende Vertrag ist seit 22. Jänner 2021 in Kraft. Österreich wirkte entscheidend mit.

ABFANG

OTS0019 5 AI 0584 NEF0003 Mi, 20.Jän 2021

Abrüstung/Verteidigung/Sicherheit/International/Int. Beziehungen

Ein gewaltiger Schritt: Ab sofort sind Atomwaffen weltweit geächtet

Der TPNW (UN Treaty on the Prohibiton of Nuclear Weapons) tritt in Kraft

Österreich (OTS) - Am 22. Jänner 2021 tritt der [Atomwaffenverbotsvertrag] (https://www.ots.at/redirect/icanaustria) in Kraft. Ab diesem Tag sind Atomwaffen völkerrechtlich verboten. Der jahrzehntelange Einsatz der Zivilgesellschaft und das ehrliche Bemühen von Regierungsverhandler:innen werden damit belohnt. Die österreichische Diplomatie hat wesentlich dazu beigetragen, dass der Vertrag zustande kam und relativ rasch umgesetzt wurde.

Mit dem Inkrafttreten des Vertrages ist es festgeschrieben: Atomare Massenvernichtungswaffen sind völkerrechtlich illegal! Es liegt nun an den jährlich stattfinden Vertragskonferenzen und vor allem an den Anstrengungen der Zivilgesellschaft, den „Atommächten“ und jenen Staaten, die glauben, ihre Sicherheit könnte durch Massenvernichtungswaffen gewährleistet werden, die Ächtung spüren zu lassen und sie zum Umdenken zu bewegen.

Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass es immer wieder Kampagnen und Anstrengungen der Zivilgesellschaft waren, die Abrüstungsverhandlungen initiiert und letztlich auch zu Verbotsverträgen geführt haben. ICAN gehört zu den Initiatoren des Atomwaffenverbotsvertrags. Unterstützt wird die Kampagne u.a. durch die Themeninitiative Frieden innerhalb von [SDG Watch Austria] (https://www.sdgwatch.at/de/) und von [AbFaNG, dem Aktionsbündnis für Frieden, aktive Neutralität und Gewaltfreiheit] (http://abfang.org/)

Mit dem Inkrafttreten des Vertrags werden Atomwaffen völkerrechtlich auf den gleichen Status gestellt wie die übrigen Massenvernichtungswaffen, die in der Biowaffen- und Chemiewaffenkonvention 1971 bzw. 1993 geächtet wurden. Damit steigt der Druck auf die neun Atomwaffenstaaten, abzurüsten und letztlich auch die Zusage aus dem Atomwaffensperrvertrag einzuhalten, ihre Atomwaffenarsenale mit rund 13.400 Sprengköpfen vollkommen zu vernichten.

Die neuesten Entwicklungen in der Zivilgesellschaft zeigen, dass Umwelt-, Klima- und Friedensbewegung näher zusammen rücken. Dies vor allem aufgrund der multiplen Krise – Umwelt-, Klima-, Wirtschafts- und soziale Krise befeuert durch die Covid-19-Pandemie – die erfordert, dass die vorhandenen Ressourcen optimal für die Bewältigung dieser Krisen eingesetzt werden, um eine Transformation der Gesellschaft in Richtung Nachhaltigkeit, Ressourcenschonung und Frieden zügig vorantreiben zu können. Gemeinsame Anstrengungen von Regierenden, Institutionen und NGOs sind notwendig, um die Welt für unsere Kinder und Enkelkinder im Sinne eines „Guten Lebens für alle“ zu erhalten. Investitionen in die Rüstungs- und Atomindustrie sind diesen Bemühungen diametral entgegengesetzt – auch im Sinne der 17 von der UNO definierten [Nachhaltigkeitsziele (SDGs)] (https://www.sdgwatch.at/de/ueber-sdgs/).

Das neutrale und begüterte Österreich ist prädestiniert, sowohl bei Umwelt- und Klimaschutz als auch hinsichtlich Friedensförderung beispielgebend voran zu gehen. Wirklich wegweisend haben sich die Regierungsvertreter:innen beim Vorantreiben und der Ratifizierung des

Atomwaffenverbotsvertrags verhalten. Die Themeninitiative Frieden innerhalb von [SDG Watch Austria] (https://www.sdgwatch.at/de/) spricht auf diesem Weg allen Beteiligten am Zustandekommen des Atomwaffenverbotsvertrags ihre Anerkennung und ihren Dank aus.

Atomwaffen und Atomkraftwerke sind siamesische Zwillinge. Daher muss im Sinne des Atomwaffenverbotsvertrags auch die „Hintertür“ zu Atomwaffen über AKWs geschlossen werden. Österreich kann und soll dabei mit gutem Beispiel vorangehen. Mit dem Atom-Nein-Volksentscheid von 1978 wurde der Regierung der Rücken gestärkt, so dass Österreich konsequenter Weise weitere Zeichen, wie die Einstellung der Zahlungen und den Austritt aus EURATOM und IAEA, setzen kann.

Im Sinne einer aktiven Neutralitätspolitik ist es notwendig, dass Österreich beispielgebend gegen jegliche Kriegspolitik auftritt und sich für aktive Vermittlungsbemühungen zwischen Ost und West sowie zwischen Nord und Süd einsetzt. Die Glaubwürdigkeit Österreichs wird durch die Forderung nach umfassender weltweiter Abrüstung sowohl bei Atomwaffen als auch bei konventionellen und KI-gesteuerten Waffen gestärkt. Als neutraler Staat sollte sich Österreich nicht mehr an der EU-PESCO- und/oder NATO-Aufrüstungs- und Militarisierungspolitik oder gar an Krisen- und/oder Kriegseinsätzen beteiligen sondern friedensfördernde Maßnahmen anregen und auch hier vorbildhaft, wie beim Atomwaffenverbotsvertrag, vorangehen.

Bild(er) zu dieser Aussendung finden Sie im AOM / Originalbild-Service sowie im OTS-Bildarchiv unter http://bild.ots.at

~
Rückfragehinweis:
Förderverein AbFaNG
Aktionsbündnis für Frieden, aktive Neutralität und Gewaltfreiheit
contact@abfang.org
Tel. 0664 253 1717
Gerhard Kofler
www.abfang.org
~

Digitale Pressemappe: http://www.ots.at/pressemappe/34192/aom

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0019 2021-01-20/08:35

200835 Jän 21

Kategorien:
Politik/-/Verteidigung
Politik/Int. Beziehungen

Geobezug:
Österreich/Wien/Wien

Atomkriegsuhr steht

Mit der bekannten Atomkriegsuhr bewerten Wissenschafter das Risiko einer globalen Katastrophe. Um der immensen Gefahr entgegenzuwirken, tritt heute der neue UNO-Atomwaffen-Verbotsvertrag in Kraft.

Die Weltuntergangsuhr, mit der Wissenschafter das Risiko einer globalen Katastrophe – insbesondere durch einen Nuklearkrieg – bewerten, steht nur mehr 100 Sekunden vor zwölf. Um der Gefahr entgegenzuwirken, tritt heute der UNO-Atomwaffen-Verbotsvertrag in Kraft, der maßgeblich durch das Engagement Österreichs und des Roten Kreuzes zustande kam. Die Atomwaffen-Staaten wehren sich zwar dagegen, aber ein Anfang ist gemacht. „Krone"-Außenpolitik-Redakteur Christian Hauenstein traf aus diesem Anlass Außenminister Alexander Schallenberg und Rot-Kreuz-Präsident Gerald Schöpfer zum Gespräch:

Politik Extra

„Krone": Heute, 90 Tage nach der Ratifikation durch den 50. UNO-Mitgliedsstaat, tritt der Atomwaffen-Verbotsvertrag in Kraft. 130 Staaten haben das Abkommen bei der Generalversammlung der UNO im Vorjahr unterstützt. Wann haben die Überlegungen zu diesem Abkommen begonnen, und was war der Anstoß?

Schallenberg: Das begann schon vor mehr als 10 Jahren mit einem Aufruf des Roten Kreuzes, der eine Kettenreaktion ausgelöst hat. Die gipfelte letztlich in einer Großkonferenz hier in Wien, bei der die humanitären Auswirkungen von Atombomben dargestellt wurden. In sehr drastischen Bildern. Man denkt immer nur an einen Atomkrieg. Genauso hoch ist aber auch das Risiko eines plötzlichen Unfalls. Wenn das in Atomkraftwerken passieren kann, kann auch irgendwo bei einem Atomwaffenarsenal etwas schiefgehen. Das ist quasi eine mathematische Notwendigkeit. Und das war der Ausgangspunkt. Die Konsequenzen eines Atomwaffeneinsatzes wären derart verheerend, dass es unsere moralische Verpflichtung ist, gegen diese Waffen aufzutreten.

> *Bevor die Atomwaffen uns vernichten, müssen wir diese Waffen vernichten.*
>
> Gerald Schöpfer, Präsident des Roten Kreuzes in Österreich

Schöpfer: Das Rote Kreuz in Japan hat schon in Hiroshima und Nagasaki gesehen, was diese Waffen angerichtet haben. Daher gab es in Japan schon 1948 die ersten Appelle, Atomwaffen zu verbieten. Die sind aber nicht gehört worden. Dass es heute eine Overkill-Kapazität gibt, ist eine zweifelhafte Errungenschaft der Menschheit.

Aber inzwischen ist die Anti-Atom-Bewegung sehr kraftvoll geworden. Ohne das österreichische Außenministerium wäre dieser Vertrag nicht zustande gekommen. Die österreichische Diplomatie war hier international federführend. Jetzt können wir gemeinsam die große Freude teilen, dass es tatsächlich gelungen ist, dass dieser Vertrag in Kraft tritt.

Schallenberg: Ich muss das Kompliment sogleich zurückgeben. Um eine Kampagne zu emotionalisieren und in die Breite zu bringen, braucht es NGOs wie das Rote Kreuz, die über das Know-how verfügen, wie es gelingt, breites Bewusstsein für ein Problem zu schaffen.

Bewusstseinsbildung, Ächtung, das ist der erste Schritt. Das haben wir bei Anti-Personen-Minen geschafft, das haben wir bei chemischen und biologischen Waffen geschafft, und das haben wir bei Streumunition geschafft. Schritt für Schritt, durch stetige Überzeugungsarbeit. Und das kann nur gelingen, wenn die Zivilgesellschaft mitmacht.

Natürlich kann man einwenden, dass jene Staaten, die entweder selbst Atomwaffen haben oder in denen Atom-

Das japanische Hiroshima wurde 1945 durch den Abwurf einer Atombombe durch die USA dem Erdboden gleichgemacht. Es gab mindestens 140.000 Todesopfer.

Außenminister Schallenberg und Rot-Kreuz-Präsident Schöpfer im Gespräch mit „Krone"-Außenpolitik-Redakteur Hauenstein.

100 Sekunden vor zwölf

Eine mittlere Atomrakete der heutigen Zeit hat die sechseinhalbfache Zerstörungskraft der Bombe von Hiroshima. Weltweit gibt es immer noch an die 14.000 nukleare Sprengköpfe.

waffen stationiert sind, nicht bei dem Verbotsvertrag dabei sind. Aber das war früher bei anderen Abkommen auch so.

Mit dem heutigen Inkrafttreten des Vertrages haben wir die erste wesentliche völkerrechtliche Hürde genommen. Und Ende dieses oder Anfang kommenden Jahres wird die erste Vertragspartnerkonferenz stattfinden. Hier in Wien. Ich bin also guter Dinge. Das ist der Beginn der Etappe zwei.

Schöpfer: Die Atombewaffnung hat zugenommen, und es gibt eine Reihe Staaten, die nicht offiziell als Atommächte gelten, aber auf dem besten Weg dazu sind, das tatsächlich zu werden. Wir müssen versuchen, das zu stoppen.

Die Welt hat sich seit dem Kalten Krieg sehr verändert. Es stehen einander nicht mehr zwei hochgerüstete verfeindete Blöcke gegenüber. Wo liegen heute die größten Gefahren? Funktioniert die atomare Abschreckung?

Schöpfer: Es gibt Leute, die sagen, die atomare Abschreckung erspare uns konventionelle Kriege; wir sollten dankbar sein, dass es Atomwaffen gibt. Das habe den Dritten Weltkrieg verhindert. Man muss sich auch mit dieser Logik auseinandersetzen. Aber man muss wissen, welche Gefahren, welche Risiken mit Atomwaffen verbunden sind. Vor allem, wenn man nicht weiß, in welche Hände sie gelangen. Wir haben diverse Terrorgruppen. Oft ist nicht festzumachen, wer gegen wen kämpft, was sich etwa gerade genau in Syrien, dem Jemen oder Libyen tut. Da wird es kompliziert. Und den Gedanken, dass dann irgendeine Gruppe, die nicht einmal das Wort „humanitäres Völkerrecht" kennt, solche Waffen in die Hände bekommen könnte, diesen Gedanken möchte ich nicht zu Ende denken.

Schallenberg: Die vergangenen Jahrzehnte haben ja gezeigt, dass das Wissen um den Bau von Atomwaffen nicht unter Verschluss gehalten werden kann – Stichwort Nordkorea oder Pakistan. Die einzige Möglichkeit ist daher, dass wir uns darauf einigen, dass diese Waffen nicht mehr eingesetzt werden dürfen und dass diese Waffen abgebaut werden müssen. Das wird freilich nicht über Nacht geschehen. Aber ein erster Schritt ist getan. Das ist das Wesentliche. Der Vertrag ist da. Und ich bin sehr zuversichtlich, dass die Zahl der Staaten, die dieses Abkommen unterzeichnen und ratifizieren, in den kommenden Jahren stetig steigen wird.

Schöpfer: Die große Gefahr ist ja, dass in lokalen Konflikten, etwa zwischen Indien und Pakistan – oder wo auch immer – Atomwaffen eingesetzt werden. Das hätte nicht lokale, sondern globale Auswirkungen. Man könnte sehr pathetisch sagen: Bevor die Atomwaffen uns vernichten, müssen wir diese Waffen vernichten.

Und ich kann es mir leisten, undiplomatisch zu sein, ich bin ja nicht der Außenminister: Die jüngsten Ereignisse in den USA zeigen, dass es durchaus auch in Demokratien möglich ist, dass Menschen an die Macht kommen und die Möglichkeit haben, rote Knöpfe zu drücken, die vielleicht nicht diese moralische Gediegenheit und Verantwortung haben, die man eigentlich in diesen Positionen erwarten würde.

> ***Die Konsequenzen eines Atomwaffeneinsatzes wären derart verheerend, dass es unsere moralische Verpflichtung ist, gegen diese Waffen aufzutreten.***
>
> Außenminister Alexander Schallenberg

Wie realistisch ist es, dass wir oder unsere Kinder noch eine atomwaffenfreie Welt erleben?

Schöpfer: Schwer zu sagen, aber wir arbeiten daran.

Schallenberg: Wir stehen zurzeit am Beginn eines sicher längeren Prozesses, den wir Schritt für Schritt gehen. Wir wissen auch, dass es nicht leicht wird. Aber deswegen dürfen wir nicht aufhören, weil wir wissen, dass der Weg der richtige ist. Und das Ziel ist, wie schon in der Frage formuliert: Wir wollen eine Welt für unsere Kinder und Kindeskinder, die frei ist von Atomwaffen. Dafür muss man irgendwo beginnen. Und das tun wir. Ich bin zuversichtlich, dass es uns gelingen wird. Schließlich ist es auch in anderen Bereichen gelungen.

„Nuklearwaffen sind wieder ein Machosymbol“

Es sei reines Glück, dass mit Atomwaffen seit 75 Jahren so wenig passiert sei, sagt Beatrice Fihn. Die Menschheit müsse abrüsten oder sich auf einen Atomkrieg vorbereiten.

INTERVIEW: *Fabian Sommavilla*

Wenn heute, Freitag, der Nuklearwaffenverbotsvertrag in Kraft tritt, hat die Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (Ican) einen weiteren Meilenstein erreicht. Die 2017 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnete Initiative hat weltweit einen Stein ins Rollen gebracht. Ican-Direktorin Beatrice Fihn erklärt, wie auch Nuklearwaffenstaaten oder solche, die unter deren Schutz stehen, überzeugt werden sollten, beizutreten.

STANDARD: *Sie haben in den vergangenen zehn Jahren viel erreicht. Gleichzeitig schlägt das Atomwaffenpendel in Richtung Aufrüstung.*

Fihn: Wie in vielen anderen Bereichen der Welt sind wir gleichzeitig in zwei verschiedene Richtungen marschiert. Die negative Richtung ist eng verbunden mit dem Aufstieg von Populismus, Autoritarismus und antidemokratischen Tendenzen. Nuklearwaffen sind wieder zu einem Machosymbol geworden – diese schrecklich-prahlerische Rhetorik. Gleichzeitig gibt es positive Signale aus Ländern, die die humanitären Konsequenzen von Atomwaffen in den Mittelpunkt stellen, wo sich Politiker gegen die Bombe aussprechen und Regierungen dem Verbotsvertrag beitraten.

STANDARD: *Aber was, wenn keine Nuklearwaffenstaaten und keine „Schutzschirmstaaten“ beitreten?*

Fihn: Nukleare Abrüstung ist ein langfristiges Projekt. Das wird nicht schnell gehen. Die „Schutzschirmstaaten“ sind der nächste Kampf für uns. Wir haben den Vertrag und die Nichtnuklearwaffenstaaten hinter uns vereint. Jetzt müssen wir jene erreichen, die Atomwaffen nach wie vor unterstützen. Aber der Vertrag wird kurzfristig auch ohne die Nuklearwaffenstaaten stark sein und Wirkung entfalten.

STANDARD: *Es heißt oft, es müsse sich erst etwas massiv verschlechtern, damit etwas voranschreiten kann. In Bezug auf Nuklearwaffen erscheint das recht gefährlich.*

Fihn: Die Menschheit tut sich schwer damit, Dinge zu priorisieren, die sie nicht sieht, die sie nicht berühren kann. Wir haben das beim Klimawandel gesehen. Wir haben das bei Pandemien gesehen. Erst wenn man die Auswirkungen spürt, setzt sich etwas in Bewegung, und man will es stoppen. Um etwas zu unternehmen, müssen die Leute begreifen, wie ernst das ist und dass jederzeit etwas passieren kann.

STANDARD: *Was könnten Sie den Nuklearwaffenstaaten in Verhandlungen anbieten?*

Fihn: Man muss einmal sehen, wie Kriege heutzutage geführt werden. Es werden Unmengen an Ressourcen verschwendet für eine wahnsinnig schlecht einsetzbare Waffe in den Konflikten von heute. Die Militärs konzentrieren sich auf Cyberattacken und die Integration künstlicher Intelligenz, Präzisionslenkwaffen – alles Dinge, die eher in niederschwelligen Konflikten zum Einsatz kommen. Russland droht nicht mit dem Einsatz von Atomwaffen, sondern manipuliert per Facebook die öffentliche Meinung. Es ist eine neue Welt. Sich dabei an Waffensysteme von 1945 zu klammern, hilft Staaten nicht gerade dabei, ihr Volk zu schützen, wie man an den Beispielen Corona und Klimawandel sieht. 400.000 Corona-Tote in den USA! Nuklearwaffen werden ebenso wenig das Klima wie unsere Demokratien retten. Nuklearwaffen tragen aktuell nichts zur Sicherheit der Bevölkerung bei, eher schaden sie ihr noch, weil das Geld für Nuklearwaffen reserviert ist, aber für das Gesundheitssystem hätte ausgegeben werden können.

STANDARD: *Wenn Sie einen Satz hätten, um das Argument zu entkräften, dass Nuklearwaffen Frieden und Stabilität bringen – welcher wäre das?*

Fihn: Nukleare Abschreckung wird auf Dauer nicht gutgehen! Sie geht davon aus, dass alle politischen Leader immer rational agieren werden, keine Fehler machen und auch keine Unfälle passieren. Nuklearwaffen werden eines Tages eingesetzt werden, wenn wir sie beibehalten, und wir sind in keiner Form darauf vorbereitet. Wir hatten verdammt viel Glück in den letzten 75 Jahren, dass nicht mehr passiert ist. Wenn du glaubst, Atomwaffen sind wichtig, dann musst du auch auf den Atomkrieg vorbereitet sein. Und das sind wir nicht.

BEATRICE FIHN (38) steht seit 2013 der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (Ican) vor. Die schwedische Juristin nahm 2017 stellvertretend für die Bewegung den Friedensnobelpreis entgegen. Foto: AP

"diepresse.com" gefunden am 21.01.2021 14:51 Uhr

Atomwaffenverbot: Unser tödliches Erbe - von Fukushima bis zum Bikini-Atoll

Vor zehn Jahren wurde das japanische Kernkraftwerk Fukushima Daiichi durch Erdbeben schwer beschädigt, radioaktives Material wurde freigesetzt.

Am 22. Jänner tritt der Vertrag über das Verbot von Atomwaffen, den Österreich mitinitiiert hat, in Kraft. Über unser kontaminiertes Erbe.

Nur zehn Monate sind seit den amerikanischen Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki vergangen, als die USA im Juli 1946 auf dem Bikini-Atoll (Marshallinseln) im Pazifik mit einer Serie von Wasserstoffbombentests beginnen.

Am 1. März 1954 zünden sie im Zuge der Operation „Castle Bravo“ in etwa zwei Meter Höhe eine thermonukleare Waffe. Erst drei Jahre später werden die Bewohner der betroffenen Inseln evakuiert. Zum dritten Mal in der Geschichte werden auch Japaner Opfer nuklearen Fallouts. Zum Symbol dafür wird der japanische Fischkutter Dai-go Fukuryū-maru (Glücklicher Drache V). Die Fischer nennen den Niederschlag shi no hai, Asche des Todes. Sie enthält Cäsium 137, Strontium, Plutonium.

Nach ihrer Rückkehr nach Japan werden alle 23 Crewmitglieder mit akutem Strahlensyndrom hospitalisiert. Funker Aikichi Kuboyama stirbt rund sieben Monate später an den Folgen. Sechs Crewmitglieder erkranken an Leberkrebs. Der gesamte Thunfischfang ist hoch kontaminiert und wird vernichtet. Nach „Castle Bravo“ testen die USA im Rahmen der Operation „Castle“ fünf weitere Atombomben. Nach dem Test „Romeo“ im April 1954 weist der von japanischen Fischern gefangene Thunfisch eine radioaktive Belastung auf, die 40 Mal über der erlaubten Strahlendosis liegt. Die Nachricht vom „Atombomben-Thunfisch“ sorgt im ganzen Land für Panik.

Die Empörung führt zu einer japanweiten Protestbewegung, wesentlich getragen von Frauenorganisationen. Eine Petition gegen Nuklearwaffen erreicht 20 Millionen Unterschriften, ein Viertel der damaligen Bevölkerung. Die Bewegung führt 1955 zur Gründung von Gensuikin, dem Japanischen Kongress gegen Atom- und Wasserstoffbomben, bis heute eine der größten Anti-Atom- und Friedensorganisationen in Japan. Im Dezember 1954 hatte die japanische Regierung plötzlich die Untersuchungen gestoppt und den Verkauf von Thunfisch wieder freigegeben.

Unter dem Druck der japanischen Fischereiindustrie habe Tokio zunächst überzogene Forderungen an die USA gestellt, schreibt der Historiker Toshihiro Higuchi in seinem Buch „Political Fallout“: Während die USA im Mai 1954 eine Einmalzahlung von 150.000 US-Dollar boten, verlangte Japan für den gesamten Schaden inklusive Hafeninspektionen, Vernichtung von Thunfisch und dem Rückgang des Thunfischverkaufs sechs Millionen US-Dollar. Im Jänner 1955 einigte man sich auf einen Kompromiss: für zwei Millionen US-Dollar war die Angelegenheit pauschal erledigt.

Weblink: https://www.diepresse.com/5923276/atomwaffenverbot-unser-todliches-erbe-von-fukushima-bis-zum-bikini-atoll

Atomwaffen ab jetzt international geächtet

Abkommen wird von allen Nuklearmächten abgelehnt. Österreich ruft auf, sich vom „Mythos Abschreckung" zu verabschieden.

Atomwaffen wird es vermutlich noch lange geben, doch ab heute sind sie völkerrechtlich stigmatisiert: Am Freitag, 90 Tage nach der Ratifikation durch den 50. Unterzeichnerstaat, tritt der Atomwaffenverbotsvertrag (TPNW) in Kraft. In diesem verpflichten sich die Unterzeichner zur Ächtung von Nuklearwaffen, die sie „unter keinen Umständen" einsetzen. Der Pferdefuß dieses Abkommens: Alle Atommächte lehnen es ab.

Mit dem Inkrafttreten zwei Tage nach dem Machtwechsel in Washington hoffen die Befürworter des Vertrags auf eine beschleunigte Entwicklung in Richtung Ächtung von Atomwaffen. Schließlich sitzt mit Joe Biden nun der Vize des früheren US-Präsidenten Barack Obama im Weißen Haus, der im Jahr 2010 die Vision einer atomwaffenfreien Welt entwickelt hat.

Beobachter erwarten keinen radikalen Kurswechsel der USA, die Atomwaffen weiterhin als notwendiges Übel für die Schaffung von internationaler Sicherheit durch Abschreckung ansehen. Das ist eine Argumentation, die unter anderem von Österreich heftig bestritten wird. „Es ist höchste Zeit, mit diesem Mythos endlich Schluss zu machen", betonte Außenminister Alexander Schallenberg bereits im Oktober, als mit der Ratifizierung des TPNW durch Honduras dessen nunmehriges Inkrafttreten feststand.

Österreich war im Mai 2018 der achte Staat, der den TPNW ratifizierte. Mittlerweile ist die Ratifizierung in 51 Staaten abgeschlossen, 35 weitere Staaten haben das Abkommen unterzeichnet. Beschlossen wurde es im Juli 2017 von 122 UNO-Staaten. Wie aus Diplomatenkreisen verlautet, sind die Unterstützer massivem Druck seitens der Atommächte ausgesetzt, es sich zu überlegen. Dies zeige, dass Abkommen nicht so unwichtig sein könne, wie seine Gegner behaupten, so ein Diplomat gegenüber der APA.

Die Atommächte führen ins Treffen, dass das Vertragswerk die bestehende Abrüstungsarchitektur schwäche. Konkret verweisen sie dabei auf den Atomwaffensperrvertrag (NPT) aus dem Jahr 1968, der den Kreis der Atommächte begrenzt. Es gehe darum, Schurkenstaaten an der Erlangung von Atomwaffen zu hindern, lautet die Argumentation. Die Befürworter des Vertrags halten dem entgegen, dass man die atomare Abrüstung nicht auf den Nimmerleinstag einer friedlichen Welt verschieben könne.

Der neue US-Präsident Joe Biden will jedenfalls das „New Start"-Abkommen mit Russland zur Begrenzung von Atomwaffen verlängern. Das Abkommen läuft am 5. Februar aus und kann maximal für fünf Jahre erweitert werden. Auch aus russischer Sicht sollte der Vertrag nicht einfach auslaufen. *(red.)*

Friedensaktivisten demonstrieren in Seoul. Foto: afp / Jung Yeon-je

„Historisches“ Atomwaffenverbot tritt in Kraft

Vorarlberger Nachrichten 22.1.2021

Eine nordkoreanische Interkontinentalrakete. AP Der Vertrag wurde jedoch bisher von keiner der Atommächte unterzeichnet.

Wien Atomwaffen sind seit dem heutigen Freitag international offiziell verboten. Außenminister Alexander Schallenberg (ÖVP) würdigte das Inkrafttreten des Atomwaffenverbotsvertrags als „historisch“. „Die Gefahr hat nicht abgenommen“, mahnte er bei einer Pressekonferenz in Wien vor den nuklearen Risiken. Bundespräsident Alexander Van der Bellen sprach auf Twitter von einem „schönen Erfolg“ für Österreich.

„Damit schlagen wir eindeutig eine neue Seite auf“, sagte der Außenminister. „Die heimtückischste Waffe, die der Mensch je erfunden hat, ist mit dem heutigen Tag angezählt.“ Auch Bundespräsident Alexander Van der Bellen zeigte sich erfreut über den nun geltenden Vertrag. Dieser sei „ein wichtiger Schritt und ein klares Signal, dass wir diese unmenschlichen Waffen nicht akzeptieren“.

Schallenberg zeigte sich angesichts des Boykotts durch die Atommächte zuversichtlich, dass weitere Staaten sich den bisher 51 Parteien des Abkommens anschließen. Konkret nannte er etwa die Schweiz und Brasilien. Der Außenminister mahnte, dass ein Atomwaffenverbot heute wichtiger denn je sei. Es gebe weltweit mehr als 13.000 Nuklearwaffen. Die Staaten mit dem entsprechenden Know-how habe zugenommen. Auch würden Milliarden in die Entwicklung neuer, noch effektiverer Atombomben investiert.

Dies erhöhe auch das Risiko von Misskalkulationen, warnte der Außenminister. Eine heutige mittelgroße Atombombe habe die sechsfache Kraft der Hiroshima-Bombe. Die Statistik sage, dass es auch irgendwann in einem Atomwaffenarsenal zu Zwischenfall kommen werde, warnte Schallenberg. „Atomwaffen sind wie ein Damoklesschwert, das über Köpfen der ganzen Menschheit hängt.“

UNO-Generalsekretär António Guterres begrüßte das Inkrafttreten des Vertrages. Der erste multilaterale nukleare Abrüstungsvertrag seit mehr als zwei Jahrzehnten sei „ein wichtiger Schritt hin zu einer Welt ohne Nuklearwaffen und eine starke Demonstration der Unterstützung für eine multilaterale Herangehensweise bei der nuklearen Abrüstung“, erklärte Guterres nach Angaben der Nachrichtenagentur dpa in New York.

Der Atomwaffenverbotsvertrag (Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons/TPNW) trat 90 Tage nach der Ratifikation durch den 50. Unterzeichnerstaat (Honduras) im vergangenen Oktober in Kraft getreten. Im maßgeblich von Österreich unterstützten Abkommen verpflichten sich die Unterzeichner dazu, diese Massenvernichtungswaffen „unter keinen Umständen“ einzusetzen. Allerdings wird der Vertrag von den bestehenden Atommächten boykottiert.

Das Inkrafttreten des Vertrags sei „ein schöner Erfolg für die internationale Gemeinschaft und die langjährigen österreichischen Bemühungen in dieser Frage“, betonte Van der Bellen. Er verwies diesbezüglich auf den Account der Internationalen Kampagne für das Verbot von Atomwaffen (ICAN), die im Jahr 2017 den Friedensnobelpreis erhielt und in Österreich stark verankert ist.

Österreich soll in einem Jahr auch die erste Vertragskonferenz des TPNW ausrichten, der im Jahr 2017 von 122 Staaten unterzeichnet worden war. Aufgrund des massiven Lobbyings der Atommächte haben aber erst 51 Staaten das Abkommen ratifiziert.

Abseits steht bisher auch die Schweiz, obwohl das Parlament in Bern diesbezüglich Druck auf die Regierung macht. Der Schweizer Botschafter bei der UNO-Abrüstungskonferenz in Genf, Felix Baumann, sagte aber der Nachrichtenagentur Keystone-sda, dass eine „Neubeurteilung" im Gange sei. Druck macht diesbezüglich auch das in Genf beheimatete Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK), dessen Präsident Peter Maurer das Inkrafttreten des Abkommens am Freitag als „historischen Schritt" würdigte.

Die Befürworter des Vertrags wollen nun vor allem die Öffentlichkeit in den Nuklearstaaten und ihren Verbündeten wie etwa Deutschland mobilisieren. Hoffnungen setzt man auch in den neuen US-Präsidenten Joe Biden. Er war Stellvertreter von US-Präsident Barack Obama, der im Jahr 2010 die Vision einer atomwaffenfreien Welt entwickelte und damit zum Anstoßgeber für den Verbotsvertrag wurde. APA

Weblink: https://www.vn.at/politik/2021/01/22/internationales-verbot-von-atomwaffen-tritt-in-kraft.vn

Ban Ki-moon: "Wir brauchen viel mehr Weltbürger"

5. Jänner 2021 / Furche

© Foto: Getty Images / Mario Tama
International

Covid-19 wirft ein Schlaglicht auf die Ungleichheiten in der Welt, sagt Ban Ki-moon und fordert mehr Solidarität, Mitgefühl und Sinn für Einheit und Zusammenarbeit zwischen den Staaten.

Das Gespräch führte

Wolfgang Machreich

Den Krieg zwischen Nord- und Südkorea erlebte Ban Ki-moon als Kind. Die Kriegsfolgen und die internationale Unterstützung, die seine Heimat und Familie von der UNO erhielten, prägten seinen Berufsweg bis an die Spitze der Vereinten Nationen und seinen Einsatz für Weltbürgerschaft bis heute, erklärt er im E-Mail-Interview.

DIE FURCHE: ***Herr UN-Generalsekretär a.D., Sie kommen aus einem Land, das seit Jahrzehnten durch einen Krieg geteilt ist – wie hat Sie das für Ihre spätere Aufgabe als oberster Friedensstifter und Friedenserhalter der Welt geprägt?***
Ban Ki-moon: Als ich vor dem Ende des Zweiten Weltkrieges geboren wurde, waren alle arm. Bald darauf wurde Südkorea von Nordkorea angegriffen. Zu dieser Zeit schickten die Vereinten Nationen Truppen und humanitäre Hilfe. Als Kind, das während des Koreakrieges aufwuchs, erhielt meine Familie Lebensmittelpakete, und ich lernte mit Petroleumlampen oder bei Kerzenlicht aus Schulbüchern, die von der UNESCO zur Verfügung gestellt wurden. Das sind meine ersten Erinnerungen an die UNO. Später waren es die Bemühungen der Vereinten Nationen, die wesentlich zum Wiederaufbau und zur Erholung Südkoreas nach dem Koreakrieg beitrugen. Diese Beobachtungen des unglaublich wichtigen Einflusses der Vereinten Nationen bei der Unterstützung eines geteilten Landes und der Hilfestellung auf dem Weg zu Frieden und Wohlstand haben mich in meinen verschiedenen Rollen beeinflusst. Bei vielen Gelegenheiten habe ich die Bedeutung des Multilateralismus für die Friedenssicherung betont. Und ich glaube

immer noch an die Rolle der Vereinten Nationen und der anderen globalen Akteure in der Steuerung des Friedensprozesses zwischen Nord- und Südkorea.

Heute sehen wir globale Führer, die persönliches Interesse und Profit gegenüber dem Wohlergehen ihres Volkes bevorzugen.

DIE FURCHE: ***75 Jahr nach Ende des Zweiten Weltkrieges und 75 Jahre nach Gründung der Vereinten Nationen – mit dem Ziel, „künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren" – schaut es angesichts wachsender Konfrontation und Eskalation weltweit so aus, als seien Politiker und Völker „friedensmüde" geworden. Teilen Sie diesen Eindruck?***
Ban: Ja.

DIE FURCHE: ***Wie lässt sich die Bereitschaft für Friedensarbeit neu entfachen?***
Ban: Es war ein großes Privileg für mich, zwei Amtszeiten lang Generalsekretär der Vereinten Nationen zu sein. Mein Motto war, dass ich diesen „unmöglichsten Job", wie der erste UN-Generalsekretär Trygve Lie sagte, zu einer „möglichen Mission" machen werde. Das habe ich während meiner zehnjährigen Amtszeit versucht und all meine Zeit, Leidenschaft und Energie dafür aufgewendet. Aber ehrlich gesagt: Wir brauchen viel mehr Sinn für Einheit und Zusammenarbeit zwischen den Staaten der Welt, viel mehr globale Solidarität und Mitgefühl.

DIE FURCHE: ***Die einstimmige Annahme des UN-Aktionsplans „Agenda 2030" für nachhaltige Entwicklung durch die 193 UNMitgliedstaaten und das Pariser Klimaabkommen im Jahr 2015 waren Schritte in diese richtige Richtung…***
Ban: Das gibt mir noch Hoffnung. Die Ziele für nachhaltige Entwicklung bieten einen klaren Weg zur Schaffung gleichberechtigter, blühender und friedlicher Gesellschaften auf der ganzen Welt. Mit der Zusage, die globalen Ziele bis 2030 umsetzen zu wollen, zeigen Regierungen, Unternehmen, Zivilgesellschaft und Wissenschaft den Willen, ihre Kräfte im Kampf gegen Armut, Hunger, Ungleichheit, Korruption, Menschenrechtsverletzungen und Klimawandel zu bündeln, um eine friedliche Welt zu schaffen. Diese Zeit ist daher keine Zeit für Friedensmüdigkeit, im Gegenteil, es ist eine Zeit, sich erneut für die Charta der Vereinten Nationen und die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, die Nachhaltigkeitsziele und das Pariser Klimaabkommen für unsere zukünftigen Generationen zu engagieren.

Diese Zeit ist keine für Friedensmüdigkeit, sondern eine, sich für die UN-Charta, Menschenrechte, Nachhaltigkeitsziele und das Pariser Klimaabkommen zu engagieren.

DIE FURCHE: ***In einem CNBC-Interview zogen Sie ungewöhnlich scharf mit der heutigen Politiker-Generation ins Gericht. Sie werfen ihr vor, nur kurzfristige politische Ziele im Augen zu haben.***
Ban: Solidarität, Empathie und Zusammenarbeit sind die Grundlagen, auf denen Gesellschaften wachsen und gedeihen können. Gerade in Krisenzeiten müssen globale Führer diese Werte repräsentieren und im gemeinsamen Interesse der gesamten Menschheit zusammenarbeiten. Heute sehen wir jedoch globale Führer, die ihren Fokus verloren haben und ihre Politik nicht auf die integrativen Menschenrechte gründen. Wir sehen Führungskräfte, die persönliches Interesse und Profit gegenüber dem Wohlergehen und der Sicherheit ihres eigenen Volkes bevorzugen.

DIE FURCHE: ***Wie können wir da gegensteuern?***
Ban: Um destruktiven, ausbeuterischen und nicht nachhaltigen Maßnahmen entgegenzuwirken, müssen wir mehr Macht an eine Generation von Politikern geben, die leidenschaftliche und mitfühlende Weltbürger sind und die sich dafür einsetzen, niemanden zurückzulassen. Wir können solche Führungskräfte nur erhalten, indem wir die Ausbildung zur Weltbürgerschaft fördern und

das Wissen über die Ziele für nachhaltige Entwicklung verbreiten. Weltbürgerlich zu denken, beinhaltet die Werte von Weltbürgern, das Wissen über die nachhaltigen Entwicklungsziele und deren Umsetzung sowie die für das 21. Jahrhundert notwendigen Fähigkeiten zu teilen.

DIE FURCHE: ***1962 haben Sie bei einem Englisch-Wettbewerb eine Reise nach Washington gewonnen. Ein Treffen mit US-Präsident John F. Kennedy im Rahmen dieser Reise hat Sie veranlasst, Diplomat zu werden. 60 Jahre später: Trauen Sie US-Präsident Joe Biden zu, junge Menschen zu motivieren, sich für Diplomatie und Zusammenarbeit weltweit einzusetzen?***
Ban: Ich werde immer die Erinnerung an diese Reise als junger Mann in die USA bewahren, als ich JFK traf. Es war ein Wendepunkt in meinem Leben. Ich glaube, der neue gewählte Präsident der USA, Joe Biden, wird ebenfalls eine Inspiration für viele junge Menschen auf der ganzen Welt sein. Er wird nicht nur die Jugend motivieren, sich für integrative Politik und internationale Zusammenarbeit einzusetzen. Sobald Präsident Biden Amerikas Engagement für das Pariser Klimaabkommen erneuert, hat er auch eine einzigartige Rolle darin, die Klimaschutz-Ambitionen in globale Klimaschutz-Aktionen für die neue Generation umzusetzen. Dazu kommt: Mit Kamala Harris als erster weiblicher Vizepräsidentin hat er ein Beispiel für inklusive Politik gegeben – und dass alles möglich ist. Obwohl die beiden zu Beginn ihrer Amtszeit so vielen Herausforderungen gegenüberstehen, glaube ich, dass sie die nächsten Generationen inspirieren, ihren Ehrgeiz und ihr Engagement beeinflussen können, um eine bessere Zukunft für alle zu schaffen.

Ban Ki-moon

Ban Ki-moon, geboren 1944, ist ein südkoreanischer Diplomat und war von 2007 bis 2016 achter Generalsekretär der Vereinten Nationen. 2018 gründete er gemeinsam mit Altbundespräsident Heinz Fischer das „Ban Ki-moon Centre for Global Citizens“ in Wien.

DIE FURCHE: ***Was erwarten Sie darüber hinaus von Präsident Biden für die internationale Zusammenarbeit generell und für die Vereinten Nationen im Speziellen?***
Ban: Das Versprechen des gewählten Präsidenten Joe Biden, dem Pariser Klimaabkommen bei seinem Amtsantritt am 20. Januar 2021 wieder beizutreten, wird hoffentlich nicht nur das Vertrauen in die Vereinigten Staaten als internationale Team-Player wiederherstellen, sondern auch die Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen stärken. Wenn die USA eine vor fünf Jahren eingegangene Verpflichtung nicht aufgeben und sie in ihrer internationalen Führungsrolle die Grundrechte und -freiheiten wertschätzen, wird das die Bedeutung der USA für den Multilateralismus wiederbeleben und nach globalen Lösungen für globale Herausforderungen suchen lassen.

DIE FURCHE: ***2021 hoffen wir, die gesundheitlichen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie mit Impfungen in den Griff zu bekommen. Welche Lehren sollte die Weltgemeinschaft aus Corona ziehen?***
Ban: Die Covid-19- Pandemie traf die Weltgemeinschaft unerwartet schwer. Die Pandemie verschärfte die bestehenden Herausforderungen wie den Klimawandel, die humanitären Krisen, die wachsende Ungleichheit und das Erstarken autoritärer Regime. Die Aufgaben, vor denen wir jetzt stehen, sind enorm, aber nicht unlösbar – wenn wir zusammenarbeiten und solidarisch handeln. Die wichtigsten Begriffe, die während und nach der Pandemie von Bedeutung sind, lauten: Zusammenarbeit, Solidarität, Verantwortung, Disziplin und Mitgefühl für die Schwächsten.

DIE FURCHE: ***Das heißt, ein weltweit starkes Engagement für die „Agenda 2030“ und die UN-Nachhaltigkeitsziele wird damit noch wichtiger …***
Ban: Covid-19 wirft ein Schlaglicht auf die vielen tiefgreifenden Ungleichheiten auf unserem Planeten. Daher müssen sich die mündlichen und theoretischen Verpflichtungen zur Solidarität auch in konkreten Maßnahmen zur Unterstützung schutzbedürftiger Gruppen wie Flüchtlingen, Migranten und ethnischen Minderheiten niederschlagen. Es liegt an uns, den richtigen Weg für eine bessere Zukunft für alle zu finden. Die Pandemie hat uns gezeigt, dass wir alle als Weltbürger die Verantwortung haben, wachsam zu bleiben. Kann die Weltgemeinschaft heute Mut und einfühlsame Führung zeigen, werden wir alle davon profitieren. Wir wären dann mit Werkzeugen ausgestattet, um gleich große Herausforderungen in Zukunft bewältigen zu können.

DIE FURCHE: ***Ich habe mit einer persönlichen Frage begonnen, darf ich mit der Frage nach einem persönlichen Resümee schließen? Was für ein Gefühl hatten Sie, als Sie den ersten Tag nicht mehr UN-Generalsekretär waren, der Druck weggefallen ist: Stolz? Enttäuschung? Erleichterung?***
Ban: Welche Erfolge oder Leistungen auch immer mit meiner Amtszeit verbunden sein mögen, sie sind das Ergebnis gemeinsamer Bemühungen – nicht nur von mir. Der Generalsekretär, wie fähig oder willig er auch sein mag, kann allein nichts erreichen. Kein Land oder keine Person kann dies alleine ohne Unterstützung tun. In dieser Hinsicht bin ich den engagierten Mitarbeitern der Vereinten Nationen und allen Partnern auf der ganzen Welt, die Tag und Nacht gearbeitet haben – in vielen Fällen unter sehr gefährlichen Umständen – zutiefst dankbar. Ohne ihre harte Arbeit hätten wir weder das Pariser Klimaabkommen noch die „Agenda 2030“ für nachhaltige Entwicklung erreicht. Beide Verpflichtungen dienen als Blaupausen für die Bemühungen der Menschheit auf dem Weg zu Frieden, Wohlstand, zum Aufbau nachhaltiger Gesellschaften, einer grüneren Wirtschaft und zur Stärkung der Schwächsten, damit niemand zurückgelassen wird. Während meiner zehnjährigen Tätigkeit als UN-Generalsekretär wurde ich immer von vier Prinzipien geleitet: Prioritäten setzen, niemals aufgeben, mich auf die Menschen konzentrieren und für diejenigen eintreten, die zurückgelassen werden. Ich bin nicht länger Generalsekretär, aber diese Prinzipien leiten mich immer noch. Und ich setze meine Arbeit fort, indem ich mich für die geistige Haltung einer Weltbürgerschaft und die Bedeutung des Multilateralismus einsetze.

Mit der Bergpredigt gegen den Atomkrieg

7. Januar 2021

© Cristina Yurena Zerr

Aus christlicher Überzeugung brach die US-Friedensaktivistin Martha Hennessy in die größte U-Boot-Basis der Welt ein – und wurde wegen dieses Protests gegen Atomwaffen zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt.

Cristina Yurena Zerr

Ihre Verteidigungsrede ist ein religiöses Bekenntnis: „Ich habe lange und intensiv darüber nachgedacht und gebetet, wie ich Ihnen die Bedeutung meines gewaltlosen, sakramentalen Vorgehens gegen Atomwaffen auf dem Marinestützpunkt Kings Bay vermitteln kann“, sagt Martha Hennessy: „Ich stehe hier als Ergebnis meiner religiösen Überzeugung, die mich zum Protest gegen Atomwaffen aufruft.“ Die 65-jährige Friedensaktivistin sitzt neben dem Mitangeklagten Carmen Trotta (58), ihrem Anwalt und zwei Zeugen vor einem abgenutzten Schreibtisch, schaut auf den Bildschirm des Laptops vor ihr, hält einen Moment inne und fährt dann mit ihrer Verteidigungsrede fort: „Ich habe keine kriminelle Absicht; ich möchte dazu beitragen, eine weitere atomare Massenvernichtung zu verhindern. Die Weltuntergangsuhr des Bulletin of the Atomic Scientists steht auf 100 Sekunden vor Mitternacht. Ich sehe die Gesichter meiner Enkelkinder in dieser Uhr. […] Unser Manifest ist die Bergpredigt, was bedeutet, dass wir versuchen werden, Friedensstifter zu sein.“ Nach ein paar Sekunden Stille tönt die Stimme der Richterin aus dem Laptop. Sie bedankt sich für die Rede und verkündet das Urteil für Martha: zehn Monate Gefängnis, drei Jahre Bewährung unter Aufsicht und eine Geldstrafe von 33.000 US-Dollar.

Martha war mit weiteren sechs Katholikinnen und Katholiken am 4. April 2018, zum Gedenken an den 50. Todestag von Martin Luther King, in die größte U-Boot-Basis der Welt, die Kings Bay Naval Submarine Base im US-Bundesstaat Georgia, eingebrochen. Ihre Gruppe nannten sie „Kings Bay Plowshares 7“, da Martha und ihre Mitstreiter(innen) der

christlich inspirierten Pflugschar- und Friedensbewegung angehören. Diese „Pflugscharbewegung“ bezieht Namen und Inspiration aus dem biblischen Buch des Propheten Jesaja (2,4): „Dann schmieden sie Pflugscharen aus ihren Schwertern und Winzermesser aus ihren Lanzen. Man zieht nicht mehr das Schwert, Volk gegen Volk, und übt nicht mehr für den Krieg.“ Auf diese Friedensbewegung gehen über hundert Aktionen zivilen Ungehorsams zurück, bei denen symbolisch oder tatsächlich Kriegsmaterial zerstört wurde.

3600 Mal Hiroshima

Diese Tradition fortsetzend, drang die „Kings Bay Plowshares 7“-Gruppe nächtens bis zu den Bunkern des Atomwaffenarsenals vor. Sie hängten Protestbanner auf und bespritzten den Eingang mit eigenem Blut als Zeichen des Protests gegen die dort gelagerten Atombomben, die zusammen die 3600-fache Sprengkraft der Hiroshima-Atombombe besitzen. Nach dem Einbruch wurden sie in der Militärbasis verhaftet und im Oktober 2019 in allen Anklagepunkten – Verschwörung, Verwüstung von Staatseigentum und Hausfriedensbruch – schuldig gesprochen.

Eigentlich hätte die Urteilsverkündung im Frühjahr 2020 stattfinden sollen, doch aufgrund der Covid-19-Pandemie verzögerte sich die Verhandlung. Da Georgia besonders stark von der Pandemie betroffen ist, entschlossen sich die Angeklagten, auf ihr Recht zu verzichten, persönlich vor Gericht zu erscheinen und beendeten den Prozess per Videobotschaft. Zehn Monate Haft für Martha liegen weit unter der erwarteten Strafe, wobei sie die geringste Strafe der sieben Angeklagten erhielt. Der Priester Steve Kelly, der seit der Aktion in Haft sitzt, wurde mit 33 Monaten Gefängnis bestraft, da er jegliche Kooperation mit dem Gericht ablehnte.

„Man sagt, das Problem sei ziviler Ungehorsam, aber das ist nicht unser Problem. Unser Problem ist der zivile Gehorsam angesichts von Armut, Hunger und Kriegen.“

Howard Zinn, US-Politikwissenschafter und Historiker (1922-2020)

Während Martha, ehemalige Therapeutin und achtfache Großmutter, von der US-Regierung als Kriminelle verfolgt und verurteilt wurde, läuft im Vatikan das Seligsprechungsverfahren für ihre Großmutter Dorothy Day. Obwohl die Arbeiteraktivistin zu Lebzeiten sagte: „Macht mich nicht zur Heiligen, so leicht will ich nicht abgetan werden“, wird sie schon jetzt an manchen Orten als Heilige verehrt. Dorothy Day war keine sanfte Heilige. Die atheistisch aufgewachsene Journalistin, die in anarchistisch-sozialistischen Kreisen New Yorks verkehrte, gründete 1933, im Jahr de Großen Depression, gemeinsa mit Peter Maurin die Zeitschrift Catholic Worker. Diese sollte den Entrechteten, Arbeitslosen, Obdachlosen und Betroffenen der kapitalistischen Politik eine Stimme geben. Aus ihren Schriften und Manifesten wurde bald Praxis, und ein paar Jahre später lebten die Herausgeber der Zeitung mit den Menschen zusammen, über die sie schrieben.

Dorothy Day protestierte gegen den Faschismus in Europa, gegen den Vietnamkrieg und die Rüstungspolitik im Kalten Krieg. In den 1950er Jahren weigerte sie sich, während Luftangriffsübungen in die Bunker zu gehen und setzte sich demonstrativ auf eine Parkbank. Jedes Jahr mussten sie und Gleichgesinnte dafür dreißig Tage ins Gefängnis. 1961 schlossen sich schließlich so viele Menschen ihrem Protest an, dass die Gefängnisse überfüllt waren und New York City die Übungen einstellte.

Mit Jesus ins Gefängnis

Inspiriert vom Engagement ihrer Großmutter und ihrer Mutter Tamar, engagierte sich Martha Hennessy den Großteil ihres Lebens gegen die systematische Gewalt ihres Staates: Sie reiste in den Irak und Iran, nach Afghanistan und Südkorea, um die Auswirkungen der US-Kriege zu verstehen. In Kuba protestierte sie gegen Guantánamo. Wegen ihres Protests gegen Atombomben saß sie 1979 zum ersten Mal für drei Monate im Gefängnis.

Als die sieben Aktivisten der „Kings Bay Plowshares 7“ zwei Jahre vor der Aktion von 2018 zum ersten Mal zusammenkamen, fragten sie sich, was es bedeutet, im 21. Jahrhundert ihr Leben im Sinn der jesuanischen Botschaft einer radikalen Nachfolge zu widmen. Ihnen wurde klar, dass sich ihr Widerstand gegen eine der größten Bedrohungen des Planeten wenden musste. Es folgten zwei Jahre der Vorbereitung – in persönlicher, spiritueller und organisatorischer Hinsicht. Die Begegnungen mit Armut, Rassismus, kapitalistischer Ausbeutung und deren Verbindung zum Krieg waren für Martha der ausschlaggebende Grund, in die Militärbasis einzudringen.

Es sind nur wenige, die wie Martha und ihre Gefährtinnen und Gefährten auf die Gewalt von Atomwaffen aufmerksam machen. Trotz weltweiter Aufrüstung gibt es keine breite Bewegung gegen die Milliarden, die jährlich zur Herstellung von Tötungswerkzeug ausgegeben werden. Die Anti-Atom-Proteste gegen die Rüstungsspirale während des Kalten Krieges haben sich nach dem Fall der Berliner Mauer und dem Ende der Sowjetunion 1991 weitgehend aufgelöst. Die öffentliche Angst vor einem Atomkrieg ist verschwunden, auch wenn die Gefahr einer Katastrophe bleibt. Doch Atombomben zerstören das Leben von Natur und Menschen nicht erst bei ihrer Anwendung. Bei der Urangewinnung werden Menschen von ihrem Land vertrieben und das Trinkwasser verschmutzt, was Bevölkerungen krank macht und Ökosysteme zerstört. In den Fabriken, in denen Atombomben gebaut werden, ist die Todesursache Krebs hoch. Insgesamt gibt es heute weltweit etwa 13.355 Atombomben, wovon 93 Prozent in US-amerikanischem und russischem Besitz sind.

Der für die US-Bürgerrechts- und Friedensbewegung wegweisende Politikwissenschafter und Historiker Howard Zinn (1922-2020) schrieb über die Notwendigkeit des zivilen Ungehorsams: „Man sagt, das Problem sei ziviler Ungehorsam, aber das ist nicht unser Problem. Unser Problem ist der zivile Gehorsam. Unser Problem ist die große Anzahl der Menschen auf der ganzen Welt, die dem Diktat ihrer Regierung folgen und deshalb in Kriege ziehen, in denen dann Millionen genau wegen dieses zivilen Gehorsams getötet werden. Unser Problem ist der zivile Gehorsam auf der ganzen Welt, angesichts der Armut, des Hungers, der Dummheit, der Kriege und aller Verbrechen. Unser Problem besteht darin, dass Menschen gehorsam sind, sich die Gefängnisse wegen Bagatellen füllen, während die großen Verbrecher die Staatsgeschäfte führen. Das ist unser Problem!“ Seit dem 14. Dezember sitzt Martha Hennessy in einem Frauengefängnis in Danbury, Connecticut. Als sie von der US-Journalistin Amy Goodman vor zwei Jahren gefragt wurde, ob sie gefasst auf diese Zeit sei, antwortete Martha: „Ich bin 63 und vielleicht habe ich noch 20 Jahre vor mir. Mein eigenes Leben ist bedeutungslos im Angesicht der Zerstörung von Gottes Schöpfung.“

Die Autorin ist Filmemacherin und engagiert sich unter anderem im Internationalen Versöhnungsbund. Im Frühjahr erscheint im Mandelbaum Verlag ihr Buch über christliche Antimilitaristinnen und Antimilitaristen auf der Anklagebank.

Den Aufstand der nuklearwaffenfreien Staaten müssen wir ernst nehmen

Stand: 21.01.2021 | Lesedauer: 3 Minuten
Von Sascha Hach

Sascha Hach kommentiert: Die Mehrheit der Nicht-Nuklearwaffenstaaten lehnt es ab, dass eine kleine Gruppe Nuklearwaffen besitzt und ihre weltpolitische Stellung darauf stützt
Quelle: Getty Images/ Harold M. Lambert; HSFK
Der UN-Vertrag zum Verbot von Atomwaffen tritt in Kraft – aber die Staaten mit Nuklearwaffen und ihre Verbündeten boykottieren ihn. Drei Schritte wären nötig, um dem Vertrag doch noch zur Geltung zu verhelfen, meint unser Gastautor.
12

Am 22. Januar tritt der UN-Vertrag zum Verbot von Atomwaffen in Kraft. Er verbietet Entwicklung, Test, Produktion, Besitz, Stationierung und Einsatz von Kernwaffen sowie die Drohung damit. Viele mögen sich fragen, warum sie von einer so bahnbrechenden Änderung des Völkerrechts nichts oder kaum etwas gehört haben. Das liegt vermutlich daran, dass die Nuklearwaffenstaaten und ihre Verbündeten, darunter Deutschland, die internationale Vereinbarung boykottieren und somit nicht daran gebunden sind.

Doch gerade die Schmähung durch die Mächtigen macht die Ächtung politisch brisant. Die Nicht-Nuklearwaffenstaaten stellen mit dem Vertrag die Ordnungsfrage. Sie lehnen ab, dass eine kleine Gruppe von Staaten Arsenale besitzt und ihre weltpolitische Stellung darauf stützt. Es ist eine Auflehnung gegen die Abschreckungspolitik insgesamt, die auch deutsche Praxis ist. Es wäre hochmütig und politisch naiv, diesen Aufstand der nuklearwaffenfreien Staaten nicht ernst zu nehmen.

Der Vertragstext wurde 2017 von 122 Staaten ausgehandelt und verabschiedet. Hier greift also die Mehrheit der Vereinten Nationen das nukleare Privileg der permanenten Mitglieder des UN-Sicherheitsrates an und verweist auf die katastrophalen humanitären Auswirkungen von Nuklearwaffen. Während sich das amerikanische Zeitalter dem Ende neigt und sich Großmachtrivalitäten verschärfen, setzen die Vertragsstaaten eine Wegmarke für die Zukunft der internationalen Ordnung. Sie soll nicht länger auf Nuklearwaffen fußen und Dominanz daraus ableiten.

Der nukleare Status quo ruht auf dem Atomwaffensperrvertrag von 1968, dessen Überprüfungskonferenz im August ansteht. Er spaltet, indem er den fünf Nuklearmächten im Sicherheitsrat eine Sonderstellung einräumt. Das Atomwaffenverbot ist die Quittung dafür, dass sie ihr Abrüstungsversprechen nicht einlösen. Und zugleich Signal, dass sich die Ordnung nicht dauerhaft gegen die Mehrheit aufrechterhalten lässt.

Um zu stabilisieren, braucht es substanzielle Veränderungen, die der ordnungspolitischen Bedeutung der antinuklearen Rebellion Rechnung tragen. Mit der Amtseinführung Bidens verbessern sich hierfür die Bedingungen. Der neue US-Präsident teilt den Respekt für multilaterale Institutionen und ihre Beschlüsse. Ein guter Ausgangspunkt für Europa und die USA, um 2021 auf die nuklearwaffenfreien Staaten zuzugehen.

Drei Schritte sind nötig

Erstens: Die Legitimität der Forderungen dieser nuklearwaffenfreien Staaten und der Wert des Atomwaffenverbotsvertrages sind anzuerkennen. Indem sich die bereits bestehenden nuklearwaffenfreien Zonen aus verschiedenen Weltregionen darin vereinen, wird die Verbreitung von Nuklearwaffen erschwert. Dies verdient Unterstützung seitens der Nuklearmächte und -allianz, etwa in Form einer Garantie, keine der Vertragsparteien nuklear anzugreifen.

Zweitens: Die derzeit besonders aggressive Praxis der nuklearen Abschreckung muss entschärft werden. Sie hat sich zunehmend entgrenzt und schließt sogar eine nukleare Antwort auf konventionelle Angriffe nicht aus. Die USA und ihre Verbündeten sollten diese expansive Nukleardoktrin und Aufrüstung von Sprengköpfen und Trägersystemen zur Erweiterung der Einsatzoptionen einstellen. Ein guter Anlass hierfür naht, wenn der am 5. Februar auslaufende New-Start-Vertrag zur Reduktion strategischer Streitkräfte verlängert wird. Sowohl Biden als auch Putin haben sich dazu bereit erklärt.

Drittens: Eine baldige Überarbeitung der Nukleardoktrin zur Minimalabschreckung, die auf einen Erstschlag und auf entsprechende Bewaffnung verzichtet, würde den Weg ebnen, die umstrittene Stationierungspraxis in Bündnisstaaten zu beenden. Der Abzug auch aus Deutschland bedeutet keine Aufgabe der Nato- oder europäischer Beistandsverpflichtungen im Fall eines Angriffs. Im Gegenteil, Erhalt von Rückversicherung und Wehrhaftigkeit bei gleichzeitiger Deeskalation und Denuklearisierung bilden eine zusammengehörige Strategie. Sie diente gerade in geopolitisch angespannter Zeit der eigenen Sicherheit ebenso wie der internationalen Ordnung.

Der Autor ist Friedensforscher am Peace Research Institute Frankfurt (PRIF) und hat für die Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) am UN-Atomwaffenverbot mitgewirkt, für das die Organisation 2017 den Friedensnobelpreis erhielt.

Das Atomwaffenverbot macht die Welt sicherer

20.01.2021 Frankfurter Rundschau

Von Inga Blum

Der UN-Vertrag ächtet nukleare Arsenale und erhöht den Druck auf die Besitzer, sie abzuschaffen. Der Gastbeitrag.

+
Bisher haben den Atomwaffenverbotsvertrag 51 Staaten ratifiziert.
© Caroline Seidel/dpa

Morgen tritt der UN-Vertrag für ein Verbot von Atomwaffen in Kraft. Ein Grund zum Feiern, denn vom 22. Januar 2021 an sind die zerstörerischsten aller Massenvernichtungswaffen völkerrechtlich verboten – zunächst nur in den Unterzeichnerstaaten. Weltweit werden sie damit aber ab sofort geächtet. Ein Meilenstein für die weltweite Sicherheit.

Die reale, tagtägliche Gefahr eines Atomkrieges mit Millionen Toten und katastrophalen Umweltfolgen hat die Mehrheit der Staaten bereits überzeugt. Sie wollen nicht länger auf die Abrüstungsversprechen der neun Atommächte warten. Nicht ein einzelner Entscheidungsträger wie der US-Präsident soll ohne demokratische Kontrolle über die Zukunft der Menschheit entscheiden können.

Das Atomwaffenverbot steht für Multilateralismus: Das Abkommen haben 122 Staaten im Juli 2017 in den Vereinten Nationen beschlossen. Zum ersten Mal wurde damit in den UN demokratisch über Atomwaffen entschieden, ohne dass die Atommächte ein Veto einlegen konnten. 90 Tage nach der 50. Ratifikation durch Honduras tritt dieses historische Abkommen am 22.01.2021 in Kraft. Das ist echter Multilateralismus – im Gegensatz zu bilateralen Verträgen wie dem INF-Vertrag, aus denen Staaten auch wieder austreten können.

Damit sind für die Vertragsstaaten alle Aktivitäten in Zusammenhang mit Atomwaffen verboten: der Besitz, die Übernahme von Verfügungsgewalt und auch Beteiligung an der Entwicklung, der Herstellung, Finanzierung oder dem Transport der Waffen.

Bisher haben den Atomwaffenverbotsvertrag 51 Staaten ratifiziert. Weitere Beitritte werden folgen: 37 Länder befinden sich derzeit im Prozess der Ratifizierung, weitere 50 haben ihre Unterstützung kundgetan. Zusammen mit den Unterzeichnerstaaten sind das bereits über 70 Prozent aller Staaten weltweit – eine deutliche Mehrheit.

Auch wenn dem Abkommen bisher keine Nato-Staaten beigetreten sind: Der Vertrag ist so formuliert, dass dies möglich ist. Das haben nicht zuletzt zwei ehemalige Nato-Generalsekretäre unterstrichen, als sie im September alle Nato-Staaten zum Beitritt zum Verbotsvertrag aufgerufen haben. Nur neun Staaten besitzen Atomwaffen und nur fünf von 30 Nato-Staaten beteiligen sich an der nuklearen Teilhabe.

Nato-Staaten außerhalb der Teilhabe haben keine zweitklassige Mitgliedschaft: So sind Kanada und Griechenland bereits aus der Stationierung von Atomwaffen ausgestiegen. Die Nato-Staaten Spanien, Litauen, Norwegen, Dänemark und Island verbieten den Transit und die Stationierung von Atomwaffen.

Deutschland lehnt den Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag bisher ab. Das Argument der Bundesregierung: ein Vertrag ohne die Beteiligung der Atommächte könne nicht funktionieren. Ältere Verträge verdeutlichen das Gegenteil: das Verbot von Landminen und Streumunition, Bio- und Chemiewaffen.

Natürlich wurden diese Waffen nicht zuerst von Staaten völkerrechtlich verboten, die vom Besitz und der Produktion profitierten. Erst durch den wachsenden moralischen Druck haben sich nach und nach immer mehr Staaten den Verträgen angeschlossen. Heute erscheint es undenkbar, dass ein Rechtsstaat mit dem Einsatz von Bio- oder Chemiewaffen droht.

Auch in Europa ist der Verbotsvertrag kein Sonderweg. Österreich, Irland und Malta haben ihn ratifiziert. Und auch innerhalb der Nato bewegen sich Staaten. Belgien hat im neuen Koalitionsvertrag festgehalten, dass der Verbotsvertrag genutzt werden soll, um die Abrüstung voranzubringen. In den Niederlanden findet eine Debatte über die Zukunft der dort stationierten Atomwaffen statt und in Spanien steht der Beitritt zum Atomwaffenverbot in der Regierungsvereinbarung von 2018.

Bei Atomwaffen wirkt sich der Ächtungsprozess konkret aus. Noch bevor das Regelwerk überhaupt in Kraft getreten ist, haben sich bereits viele Finanzinstitute weltweit aus der Finanzierung von Atomwaffen zurückgezogen. In Deutschland hat die Deutsche Bank beispielsweise ihre Richtlinien angepasst.

Appelle für eine atomwaffenfreie Welt haben die Abrüstung bisher nicht vorangebracht. Im Gegenteil. Sämtliche Atomwaffenstaaten fordern das Gleiche: Eine atomwaffenfreie Welt, sobald sich alle darauf geeinigt haben. Das ist letztlich nichts anderes als ein Spiel auf Zeit, um am Status quo festzuhalten.

92 Prozent der Bundesbürger sind für Deutschlands Beitritt zum Atomwaffenverbot. Das Verbot wird Deutschland helfen, die eigenen Prinzipien in der Nato und weltweit glaubwürdiger zu vertreten, und kann einen entscheidenden Beitrag zur nuklearen Deeskalation leisten. Jeder Schritt in Richtung nuklearer Abrüstung macht die Welt sicherer.

Inga Blum ist im Vorstand der Deutschen IPPNW (Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges).

Berlin hält UN-Atomwaffenverbot für kontraproduktiv

FR 21.01.2021

Atomwaffen sind ab Freitag verboten. Das klingt nach einer guten Nachricht. Ganz so einfach ist das aber nicht. Zwar haben fast zwei Drittel aller Staaten das Verbot beschlossen. Die Atommächte fehlen aber. Und auch Deutschland ist nicht dabei.

+
Atomwaffen verbieten klingt vernünftig. Wie das gelingen soll, darüber gibt es in Berlin unterschiedliche Auffassungen. Foto: Caroline Seidel/dpa
© Caroline Seidel

Berlin/New York (dpa) - Kurz vor Inkrafttreten des Atomwaffenverbots der Vereinten Nationen hat die Bundesregierung einen Beitritt zu dem Vertrag erneut abgelehnt.

In einer Antwort auf eine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag bekräftigt das Auswärtige Amt, dass es den seit mehr als 50 Jahren bestehenden Atomwaffensperrvertrag für das wirksamere Instrument hält, um zu konkreten Abrüstungsschritten zu kommen. Aus dem neuen Vertrag ergebe sich eine nachrangige Behandlung bestehender Verpflichtungen. «Aus Sicht der Bundesregierung kann dies zu einer Fragmentierung und realen Schwächung internationaler Abrüstungsbemühungen im nuklearen Bereich führen», heißt es in dem Schreiben der Staatssekretärin Antje Leendertse, das der dpa vorliegt.

Sie macht darin deutlich, dass die Bundesregierung das neue Vertragswerk sogar für kontraproduktiv hält. Die darin festgeschriebene Ächtung von Atomwaffen habe «die Abrüstungsbereitschaft der Nuklearwaffenstaaten nicht erhöht, sondern tendenziell zur Verhärtung des Abrüstungsdialogs beigetragen». Auch vor dem Hintergrund dieser «Polarisierung» sei die Bundesregierung darum bemüht, die politische Aufmerksamkeit «auf praktische und realisierbare Abrüstungsschritte» zu richten.

Der UN-Verbotsvertrag war 2017 von 122 der 193 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen beschlossen worden. An diesem Freitag tritt er in Kraft, weil ihn inzwischen mehr als 50 Staaten ratifiziert haben. Mit ihm werden Besitz, Entwicklung, Produktion, Erwerb oder auch Stationierung von Atomwaffe verboten. Der Vertrag wird allerdings von allen Atommächten sowie allen Nato-Staaten und damit auch Deutschland abgelehnt. Damit bleibt er unwirksam, zumindest was konkrete Abrüstungsschritte angeht.

Dem Atomwaffensperrvertrag wurde dagegen Ende der 1960er Jahre von den Atommächten USA, Russland, China, Frankreich und Großbritannien mitinitiiert. In ihm wird ebenfalls allen Vertragsstaaten außer diesen fünf der Erwerb von Atomwaffen verboten. Die Atommächte verpflichten sich gleichzeitig zu Verhandlungen über eine vollständige Vernichtung ihrer Waffen. Der Vertrag bildet seit einem halben Jahrhundert die wichtigste Grundlage für atomare Abrüstung. Da diese allerdings zuletzt ins Stocken geraten ist, wurde der Atomwaffenverbotsvertrag von dem internationalen Netzwerk Ican initiiert, das dafür 2017 den Friedensnobelpreis bekam. Mit dem Vertragswerk soll vor allem politischer Druck auf die Atommächte ausgeübt werden.

Ein aktuelles Gutachten der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestags widerspricht der Auffassung der Bundesregierung, dass der neue Vertrag den Atomwaffensperrvertrag schwäche. Die beiden Verträge stünden «juristisch nicht in Widerspruch» zueinander, heißt es darin. Die rechtliche «Fortschreibung» bestehe vor allem darin, dass der Atomwaffenverbotsvertrag «konkrete Abrüstungsverpflichtungen enthält und die Strategie der nuklearen Abschreckung delegitimiert».

Für die Linken-Abgeordnete Sevim Dagdelen sind damit die Hauptargumente der Bundesregierung «wie ein Kartenhaus in sich zusammengefallen». «Einem Beitritt zu diesem historischen Abrüstungsvertrag steht nichts entgegen, im Gegenteil», sagt sie.

Auch bei den Vereinten Nationen in New York wird die harsche Ablehnung des neuen Vertrags mit Unverständnis verfolgt. «Staaten, die nicht beabsichtigen, dem Vertrag beizutreten, sollten die berechtigten Befürchtungen und alle nach Treu und Glauben unternommenen Anstrengungen zur Erreichung der nuklearen Abrüstung respektieren», fordert der Sprecher von UN-Generalsekretär António Guterres, Stéphane Dujarric, auch in Richtung der Nato-Staaten.

Alle Länder müssten wieder einen Weg mit einer gemeinsamen Vision zur nuklearen Abrüstung einschlagen. Und genau da könnte auch für Deutschland und andere Länder der Beobachterstatus beim Atomwaffenverbotsvertrag eine wichtige Rolle spielen: Dieser würde es skeptischen Ländern ermöglichen, «ihre Vorbehalte zu äußern und einen Dialog mit den Vertragsstaaten des Atomwaffenverbotsvertrages aufzunehmen», sagt Dujarric.

Beobachterstatus bedeutet, dass man an der Vertragsstaatenkonferenz teilnimmt, aber kein Stimmrecht hat. Allerdings müssen sich auch die Beobachter an der Finanzierung der Konferenz beteiligen, die voraussichtlich in etwa einem Jahr stattfindet. Nach UN-Angaben haben bislang nur die Schweiz und Schweden Interesse bekundet, als Beobachter teilzunehmen.

© dpa-infocom, dpa:210121-99-110585/4

Weltfrieden

Verbot von nuklearen Waffen gefordert

Von Brüggemann
22.01.2021 Frankfurter Rudnschau

In Frankfurt demonstrieren Friedensinitiativen für einen Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag. Sowohl vom Stadtparlament als auch vom Bund fordern sie mehr Engagement.

+
Atomwaffengegner:innen am Otto-Hahn-Denkmal.
© Christoph Boeckheler

Frankfurter Friedensinitiativen haben am Freitag anlässlich des Inkrafttretens des UN-Atomwaffenverbotsvertrags demonstriert. Etwa 30 Personen versammelten sich trotz Regens vor dem Otto-Hahn-Denkmal an der Kleinmarkthalle, um den Erfolg der Friedensbewegung zu würdigen.

Der Vertrag sei für die Unterzeichnerstaaten ab sofort völkerrechtlich verbindlich, sagte Willy van Ooyen von der Friedens- und Zukunftswerkstatt. Deutschland gehöre allerdings nicht dazu. „Da ist der Stillstand spürbar.“ Ziel der aufrufenden Initiativen sei, dass Deutschland dem Atomwaffenverbotsvertrag ebenfalls beitritt.

Stadtparlament soll handeln

Ein erster Schritt in diese Richtung ist laut van Ooyen, dass der Frankfurter Oberbürgermeister Peter Feldmann (SPD) dem Bündnis „Bürgermeister für den Frieden“ beigetreten ist. Allerdings fehle noch das Engagement des Stadtparlaments für dieses Thema.

Immerhin haben sich laut dem ehemaligen Landtagsabgeordneten der Linken schon 15 hessische Stadtparlamente zu atomarer Abrüstung bekannt. Für einen Beitritt Frankfurts wolle seine Initiative auch „weiterhin streiten“, etwa im Kommunalwahlkampf.

Der Vertrag sei ein „leuchtendes Beispiel“ und ein „Same des Dialogs und Miteinanders“, sagte Peter Hofacker von Pax Christi. Gleichzeitig forderte er, dass noch mehr Staaten dem Vertrag beitreten. „Kein Konfliktgeschehen legitimiert den Einsatz von Atomwaffen“, erläuterte er. Dieser sei im Gegenteil friedensethisch nicht zu rechtfertigen.

Gerd Bauz von der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) hob die Bedeutung Otto Hahns für Frankfurt hervor. Der Frankfurter Chemiker hatte die Kernspaltung von Uran und Thorium entdeckt, sich aber gegen die militärische Nutzung der Kernchemie eingesetzt.

Matthias Jochheim von den Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs (IPPNW) verlas eine Stellungnahme des mexikanischen Generalkonsulats in Frankfurt. Die Organisation hatte mehrere Vertretungen von Unterzeichnerstaaten angeschrieben, um ihnen eine Teilnahme an der Kundgebung zu ermöglichen.

Mit Bannern, darunter eines mit der Aufschrift „Hiroshima und Nagasaki warnen, Beitritt zum UN-Atomwaffenverbot jetzt“, und Fahnen mit Friedenstauben machten die Teilnehmer:innen ihre Forderungen sichtbar.

Es geht voran

22-01-2021 Frankfurter Rundschau
Von Andreas Schwarzkopf

Das Abkommen zum Atomwaffenverbot ist ein Meilenstein der Abrüstung, dem weitere folgen sollten. Der Leitartikel.

+
Die Welt ist kein Ort für Atomwaffen: Der Atomwaffenverbotsvertrag ist in Kraft getreten und gilt als Meilenstein der Abrüstung. © Jane Barlow/dpa

Wir sind einer atomwaffenfreien Welt zwei Schritte näher gekommen. Zum einen ächtet der Atomwaffenverbotsvertrag seit Freitag Entwicklung, Produktion, Besitz, Lagerung und Einsatz von Atombomben. Zum anderen will die Biden-Administration den Abrüstungsvertrag New Start vor allem für Langstreckenraketen nicht auslaufen lassen, sondern mit Russland darüber sprechen, das Abkommen zu verlängern.

Weitere Schritte werden möglich, wenn es wie angekündigt gelingt, während der Gespräche über New Start auch Waffensysteme einzubeziehen, die bislang nicht von diesem Regelwerk abgedeckt werden. Sollte dann noch China in die Verhandlungen einbezogen werden, ist sogar ein neuer INF-Vertrag für Mittelstreckenraketen denkbar.

Zeitgleich erhöhen die 122 Unterzeichnerstaaten des Atomwaffenverbotsvertrags den Druck auf jene Staaten, die das Regelwerk noch nicht unterschrieben haben. Die US-Regierung etwa protestierte gegen die Verhandlungen zu dem Verbotsvertrag und versuchte andere Staaten davon abzubringen, ihn zu unterschreiben.

Die Bundesregierung trat dem Abkommen bedauerlicherweise nicht bei. Hierzulande glauben zu viele an die Abschreckungsdoktrin aus dem Kalten Krieg, wonach nur Atomwaffen vor

einem möglichen Angriff mit Atomwaffen schützen. Im Falle eines Falles wird ein Land mit Atomwaffen aber zum Ziel eines Erstschlags. Und diese Gefahr ist nach Ansicht vieler größer als die meisten annehmen.

Zielführend wäre es also gewesen, wenn vor allem CDU und CSU sich dem Vorstoß von SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich und seinen Mitstreiterinnen und Mitstreitern angeschlossen hätte, und damit geholfen hätten, die Atomsprengköpfe im rheinland-pfälzischen Büchel zu beseitigen und nicht die Trägersysteme für viel Geld zu modernisieren.

Doch die Union verhinderte dies, weil es angeblich nicht möglich sei, in der Nato zu sein ohne den Einsatz von Atomwaffen auch aktiv zu unterstützen. Dabei haben nicht alle Nato-Staaten nukleare Waffen auf ihrem Territorium.

Aber auch wenn die Bundesregierung dem Abkommen nicht beitritt, wird es weiter wirken. Es erinnert alle daran, wie zerstörerisch Atombomben sind. In Hiroshima und Nagasaki verglühten am Ende des Zweiten Weltkriegs nicht nur binnen Sekunden zigtausende Menschen. Die Überlebenden leiden bis heute unter der radioaktiven Strahlung. Nukleare Sprengköpfe bleiben also mindestens potentiell gefährlich, auch wenn die Atomstaaten wie USA, Russland, China, Frankreich und Großbritannien sie angeblich sicher verstaut haben,

Klugerweise knüpfen die Initiatoren des Atomwaffenverbots an den Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag (NVV) - auch Atomwaffensperrvertrag genannt - an. Auf diesem Weg erinnern sie die 191 NVV-Staaten an ihre Pflicht, keine Atomwaffen anzuschaffen. Und die Atommächte USA, Russland, China, Frankreich und Großbritannien daran, sich um Abrüstung zu bemühen. Mit Indien, Israel, Pakistan und Südsudan haben sich nur vier Staaten nicht daran beteiligt.

Das Atomwaffenverbot ist also keine Symbolpolitik, wie Befürworter von Atomwaffen gerne behaupten. Vielmehr zwingt es die Staatengemeinschaft dazu, wieder ernsthafter als bisher über die Abschaffung von Atomwaffen zu sprechen. Außerdem unterstützt es Friedensaktivisten bei deren Anliegen, eine Welt ohne Atomwaffen zu schaffen.

Wer jetzt nur müde lächelt, der sei daran erinnert, dass das Atomwaffenverbot in den letzten paar Jahren entstand, in einer Zeit also, als sich das internationale Klima deutlich verschlechterte und die Staatengemeinschaft auf eine Krise der Rüstungskontrolle zubewegte, während der die USA und Russland den INF-Vertrag kündigten. Und in einer Zeit, in der die Trump-Administration damit drohte, kleine Nuklearwaffen zu entwickeln, um auf diesem Wege Nuklearwaffen erst gesellschaftsfähig und dann einsetzbar zu machen. In einer Zeit, in der renationalisierte Staaten wie Russland, aber auch China und die Vereinigten Staaten teilweise dramatisch aufgerüstet haben.

Dieser Entwicklung haben sich nun all jene mit dem Atomwaffenverbot entgegengestellt. Das Regelwerk beseitigt Nuklearwaffen zwar nicht. Es trägt aber auf vielfältige Weise dazu bei, falsche Denkmuster aufzubrechen und Atomwaffen und ihren Einsatz zu delegitimieren. So wird Abrüstung, statt Aufrüstung begründet und vorbereitet. So gesehen ist das Atomwaffenverbot schlicht ein Meilenstein, dem weitere folgen sollten.

OTS0077 5 AI 0244 FMB0002 II Do, 21.Jän 2021

Grüne/Litschauer/Atomwaffen/Atompolitik/UNO

Litschauer/Grüne:

UN-Atomwaffenverbotsvertrag erzeugt starken Schulterschluss für eine atomwaffenfreie Welt

Atomare Bedrohung verzeiht kein Wegschauen =

Wien (OTS) - „Der UN-Atomwaffenverbotsvertrag ist mehr als nur Symbolik. Der Schulterschluss aus über 50 Staaten ist ein großer Schritt im Kampf für eine atomwaffenfreie Welt“, freut sich Martin Litschauer, Anti-Atomenergie Sprecher der Grünen, über sein Inkrafttreten mit 22.1.2021.

Mit der Unterzeichnung von Honduras hat der UN-Vertrag zum Verbot von Atomwaffen die nötige Schwelle von 50 Ratifikationen im Oktober 2020 erreicht. Österreich hatte den Vertrag 2018 ratifiziert. Der Vertrag ist völkerrechtlich bindend und verbietet seinen Beitritt-Staaten unter anderem Atomwaffen zu testen, zu entwickeln, zu produzieren, zu besitzen, zu lagern, weiterzugeben, sie einzusetzen und mit ihnen zu drohen. Bis auf Österreich, Irland und Malta, ist kein EU-Land unter den Vertragsstaaten. Als Grund dafür wird die starke Opposition der NATO gegen den Vertrag gehandelt, bei der auch viele der EU-Staaten Mitglied sind.

„Wenig überraschend fehlen die großen Atommächte USA, Großbritannien, Russland, China und Frankreich auf der Liste. Die Bedeutung des Vertrages wird dadurch aber nicht geschmälert: Starke Allianzen sind jetzt gefragt, um politischen Druck aufzubauen. Wegschauen ist keine Lösung, der rote Knopf ist allzeitbereit und die Gefahr permanent. Auch europäische NATO-Länder müssen sich dessen bewusst sein und trotz ihrer Nato-Mitgliedschaft Bekenntnis zeigen. Atomwaffenverbot und Atomausstieg sind eng verwoben. Atomkraftwerke liefern nuklearen Sprengstoff unter dem Deckmantel der Stromproduktion. Deshalb ist der heutige Tag für mich auch eine klare Ansage gegen Atomenergie“, sagt Litschauer.

Rückfragehinweis:
Grüner Klub im Parlament
+43-1 40110-6697
presse@gruene.at
~

Digitale Pressemappe: http://www.ots.at/pressemappe/100/aom

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0077 2021-01-21/10:21

211021 Jän 21

Inspiriert von Bertha von Suttner 2.0

07. Januar 2021

© Wikipedia / Carl Pietzner (gemeinfrei)
Politik

Friedensvision 2051: Österreichs Friedenspolitik schaut auf 30 Jahre zurück, in denen es ihr gelungen ist, weltweit den Frieden mit diplomatischen und zivilgesellschaftlichen Mitteln zu fördern.

Thomas Roithner

Nächtelang haben wir durchdiskutiert. Damals, im Jahr 2021. America first wurde gerade abgewählt – und während der Corona-Lockdowns konnten wir in Ruhe nachdenken. Nicht über Zäune und Zölle, nicht über Sanktionen und Säbelrasseln, sondern über mich, Österreichs Friedenspolitik: Darüber, was und wen Österreich braucht, damit Friede mit friedlichen Mitteln gelingen kann. Heute, zum Jahreswechsel 2050/51, denke ich gern daran zurück, als vor 30 Jahren alles begann.

An vorderster Stelle unseres Selbstverständnisses stand damals natürlich das seit 1945 gemäß der UNO-Charta geltende Gewaltverbot. Zweites Standbein unserer Friedenspolitik war das Prinzip, sich in internationalen Organisationen aktiv einzubringen. Vorzugsweise in jenen, die nicht Frieden und Wohlstand gegen andere erreichen wollen, sondern inkludierend wirken und alle mitnehmen. Weil – um Schiller Recht zu geben – der Frömmste nicht in Frieden leben kann, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt. Konkret heißt das, sich mit allen Nachbarn an einen Tisch zu setzen und nach friedlichen Konfliktlösungen zu suchen. Last but not least hat Frieden nicht nur mit Waffen und deren Abrüstung zu tun, sondern auch mit Gerechtigkeit und dem Frieden mit dem Planeten. All das überlagerte meine Regel, die mit Glaubwürdigkeit zu tun hat, sprich auch in Friedensdingen nicht Wasser predigen und Wein trinken.

Stopp für Waffenexporte

Am 22. Jänner 2021 trat der Atomwaffenverbotsvertrag in Kraft. Erinnern Sie sich noch? Wir standen in Österreich aus gutem Grund in der ersten Reihe. Geholfen hat dabei, dass alle Staaten in der UNO eine Stimme haben und nicht nur die großen Wirtschafts- und Militärmächte. Bedauerlicherweise war die EU wenig hilfreich, nur drei neutrale Staaten waren an Bord. Die NATO zog sich in den argumentativen Bunker zurück. Österreich hat in den folgenden Jahren Konferenzen zum Atomwaffenverbot organisiert und durch Überprüfungsmaßnahmen mit ziviler und militärischer Expertise zum Gelingen des Vertrags beigetragen. Okay, ich gebe zu: Die Atomwaffenstaaten haben bis dato nicht völlig abgerüstet, aber sie stoßen mit ihren Arsenalen auf immer mehr Gegenwind – und damit ist einiges erreicht.

Die Einführung eines österreichischen Rüstungsexportberichtes im Jahr 2025 löste eine Debatte über Waffenexporte und ihre Folgen aus. Umstrittene Exporte österreichischer Waffen und Lizenzen nach Saudi-Arabien oder Ägypten liefen aus. Im Jahr 2035 konnten die letzten Arbeitskräfte im Rüstungsbereich in neue Solartechniken umsatteln. Aus dem EU-Rüstungsfonds, der EU-Rüstungsagentur und dem militärischen Kerneuropa ist Österreich folgerichtig ausgestiegen.

Ich legte auch eine rot-weiß-rote Richtschnur für eine Koalition von Staaten, die für ein völkerrechtliches Verbot von autonom und ohne menschliches Zutun tötende Waffensysteme in der UNO eintreten. Für dieses Engagement erhielten ich und mit mir Österreichs Diplomatinnen und Diplomaten den Friedensnobelpreis, der am 10. Dezember 2030 verliehen wurde. 125 Jahre nach Bertha von Suttner ging wieder ein Friedensnobelpreis nach Österreich. Suttners Roman „Die Waffen nieder“ konnten wir nicht besser in die sicherheitspolitischen Herausforderungen der Gegenwart übersetzen.

„Spezifisch ausgebildete und erfahrene Friedensfachkräfte unterstützen lokale Partner in Krisen- und Konfliktgebieten in ihrem Einsatz für Frieden und Menschenrechte.“

2021 hatten über 40 internationale Organisationen ihren Sitz in Österreich. Aktive Standort- und Amtssitzpolitik führte zur Ansiedelung der Atomwaffenverbotsorganisation und weiterer friedens- und abrüstungsfördernder Einrichtungen in Wien.

Österreich war und ist jedoch nicht nur Gastgeber von Friedensgesprächen und Abrüstungskonferenzen. Seit 2025 wurde die Expertise im Außenministerium zur Mediation und Abrüstung permanent ausgebaut und ich, Österreichs Friedenspolitik, wurde zur gefragten Vordenkerin, Beispielgeberin und Förderin von internationalen Friedensprozessen. Mehrere Forschungseinrichtungen und eine international gut vernetzte Zivilgesellschaft unterstrichen in den Folgejahren das moderne Verständnis von Österreichs Neutralität.

Zur weiteren Entwicklung wurden auch fünf Lehrstühle für Friedens- und Konfliktforschung an österreichischen Universitäten eingerichtet. Die Bedeutung der Vereinten Nationen und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE) nahm immer mehr zu und der Blick auf die Welt endete nicht mehr an den Grenzen der EU – und beschränkte sich nicht mehr nur auf die politischen und wirtschaftlichen Interessen der engsten Partner.

Der massive Rückgang von Zivilpersonal bei EU-Einsätzen in der Periode von 2010 bis 2020 veranlasste Österreich zu einer kopernikanischen Wende bei Auslandseinsätzen. Bis 2030 verzehnfachte Österreich seine zivilen Personalbeiträge für EU-Einsätze und stellte im

Gegenzug seine militärischen EU-Beiträge fast gänzlich ein. Österreich begünstigte durch eigene Beiträge das 2026 neu geschaffene EU-Finanzierungsinstrument „Civilian European Fonds for Specialists“ (CEFS) und arbeitete mit einer aktiven Gruppe von EU-Staaten an der Weiterentwicklung von Instrumenten der zivilen Krisenprävention und des zivilen Krisenmanagements – weil Vorbeugen besser ist als nachträgliches militärisches Drüberbügeln. Österreich stellte der UNO und der OSZE auch permanent 2000 militärische Expertinnen und Experten für Abrüstung, Humanitäres, Peace Keeping und Überwachung zur Verfügung. Österreich trainierte und bezahlte diese Kräfte, UNO und OSZE setzten diese im Sinne des Gewaltverbots und militärischer Defensive ein. Österreichische zivile Experten für internationale Einsätze wurden dabei nicht nur im EU-, sondern auch im UN- und OSZE-Rahmen entsandt. Für den Katastrophenschutz bildeten wir ein technisches Hilfswerk unter ziviler Kontrolle – und die Strukturen des Bundesheers wurden dementsprechend adaptiert. Dass Neutralität im Kern Ausdruck einer Haltung der Kriegsverweigerung ist, spiegelte sich damit auf Höhe der Zeit.

Start für Friedensdienste

Was vor Corona schon auf der Hand lag, wurde 2021 offenkundig: Investiere in der Zeit, dann hast du in der Not. Die Resilienz – die Widerstandsfähigkeit zur Bewältigung von Krisen – konnte gestärkt werden. Corona hatte bewusster gemacht, welche Aufgaben wichtig sind, wer zuständig ist und dass eine ständige Versicherheitlichung ziviler Aufgaben der Demokratie nicht zuträglich ist. Soldaten und Armeestrukturen werden seither nicht mehr im Bereich Gesundheit und Pflege, der Bewachung, im Handel, beim Häftlingstransport, zivilen Planungsaufgaben oder Jagd nach gewöhnten Kriminellen eingesetzt.

Mit dem Ausbau staatlicher Instrumente zur Friedensförderung und Gewaltprävention ging ab 2021 auch die Förderung zivilgesellschaftlicher und wissenschaftlicher Kapazitäten einher. Der 2020 im Regierungsprogramm befindliche Zivile Friedensdienst wurde eingeführt und arbeitet bis heute als Gemeinschaftswerk von Staat und Zivilgesellschaft. Spezifisch ausgebildete und erfahrene Friedensfachkräfte unterstützen lokale Partner in Krisen- und Konfliktgebieten in ihrem Einsatz für Frieden und Menschenrechte.

Der Zivile Friedensdienst ist keine Feuerwehr, sondern es wird direkt an den Ursachen, Verläufen und Folgen von Konflikten mit gewaltfreien Methoden gearbeitet. Heute gilt für Österreich, was der deutsche Entwicklungsminister Gerd Müller anlässlich des 20. Geburtstages des deutschen Friedensdienstes 2019 erklärte: „Der Zivile Friedensdienst erweist sich immer wieder als Erfolgsmodell für Friedens- und Konfliktarbeit.“

Nochmals zurück zu den Prinzipien. Das Richtige zu tun, ist das eine. Das Falsche zu lassen, schon mal ein guter Beginn. Zum Schwierigsten gehört, Friedensförderung in der Handels- und Wirtschaftspolitik zu verankern. Aber welche Wirtschaft verträgt der Frieden? Daran arbeiten wir mit unseren internationalen Partnerinnen und Partnern nach wie vor. Der Rückblick, was ich, die österreichische Friedenspolitik, in den vergangenen 30 Jahren erreicht habe, stimmt mich aber auch hier zuversichtlich. Ganz im Sinne Bertha von Suttners: „Nicht unseren Vorvätern wollen wir trachten, uns würdig zu zeigen – nein: unserer Enkelkinder!“

Der Autor ist Friedensforscher, Privatdozent für Politikwissenschaft an der Uni Wien und Mitarbeiter im Internationalen Versöhnungsbund, www.thomasroithner.at

KURIER
"kurier.at" gefunden am 22.01.2021 12:06 Uhr

Neuer Verbotsvertrag für atomare Waffen setzt einen Meilenstein

Die Gefahr, das Atomwaffen zum Einsatz kommen, ist so groß wie nie zuvor. Der neue Vertrag hat enorme Bedeutung.

An diesem Freitag, dem 22. Jänner 2021, tritt der von Österreich mitinitiierte Atomwaffenverbotsvertrag (TPNW) in Kraft. Die Nuklearmächte, die über diese Waffen verfügen sind allesamt nicht unter den Unterzeichnern. Aber sie stehen jetzt unter Druck. Ein Druck, den sie verhindern wollten, indem sie sich gegen den Vertrag stemmten.

Sieht man nur die Zahlen, gäbe es eigentlich keinen Anlass zur Sorge, geschweige denn zur Angst. 70.000 Atomwaffen hat es 1986, am Höhepunkt des Kalten Krieges, gegeben; jetzt, knapp 35 Jahre später, sind es nur mehr etwas mehr als 13.000.

Weltuntergangsuhr

Warum aber steht die "Doomsday Clock", die Weltuntergangsuhr führender Atomwissenschaftler, auf 100 Sekunden vor 12 – und damit so nahe an einem Atomkrieg wie nie zuvor? Und warum haben 122 Staaten einen Vertrag aufgesetzt, mit dem sie die Welt vor dieser Gefahr schützen wollen?

"Russisches Roulette"

In Österreichs Außenministerium, das diesen Atomwaffenvertrag (TPNW) mitinitiiert hat, hat man eine einleuchtende Antwort: "Weil derzeit russisches Roulette gespielt wird", sagt Thomas Hajnoczi, bis Ende Oktober Direktor für Abrüstung, im Gespräch mit dem KURIER. Waren es in den 1980ern noch West und Ost, die sich mit Aufrüstung in Schach hielten, gibt es mittlerweile neun Atommächte – und die gehen teils sehr intransparent mit ihren Arsenalen um.

Dazu kommt, dass die USA und Russland, die über mehr als 90 Prozent der weltweiten Atomwaffen verfügen, so wie auch China aufrüsten wie seit Langem nicht.

Nach Expertenmeinung besteht die reale Gefahr einer Explosion: Je mehr Länder Nuklearwaffen besitzen, desto größer wird die Unsicherheit und desto gefährlicher wird das ohnehin schon riskante Konzept der nuklearen Abschreckung. Dabei geht es nicht nur um absichtliche Bombenabwürfe, sondern auch um Missgeschicke. Die Welt ist schon viele Male einer Katastrophe nur knapp entgangen.

Über die Jahre steigt die Wahrscheinlichkeit, dass etwas durch Unachtsamkeit, Irrtum oder technische Fehler passiert. Hajnoczi: "Dass es seit 1945 außer bei Tests zu keiner Atomwaffenexplosion gekommen ist, bedeutet leider auch, dass eine solche statistisch immer wahrscheinlicher wird." Und sein Nachfolger im Ministerium, Alexander Kmentt, verweist auf die enorme Gefahr durch Cyberangriffe.

Nicht nur Symbolkraft

Diesem Schreckensbild treten nun 122 Länder dieser Welt entgegen – und zwar, indem sie per Vertrag nicht nur den Einsatz von Atomwaffen verbieten, sondern auch die Entwicklung, den Bau, den Transport und jede andere Unterstützung von Nuklearwaffen. Atomwaffen bekommen damit denselben rechtlichen Verbotsstatus wie chemische oder biologische Waffen, bei denen die Eliminierung auch erst nach dem Verbot erfolgte.

Friedensnobelpreis

Die Notwendigkeit des Verbotes wurde bei der genauen Betrachtung der humanitären Auswirkungen von Atomwaffen (etwa auf der Großkonferenz im Dezember 2014 in Wien) offenkundig. Daher leitete Österreich in enger Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Staaten, dem Roten Kreuz und der Zivilgesellschaft, insbesondere der Friedensnobelpreisträgerin ICAN, die Vertragsverhandlungen im Rahmen der UNO ein.

Da den Vertrag bisher nur Länder ratifiziert haben, die selbst über keine Arsenale verfügen – einzig Südafrika hatte Atomwaffen, Nelson Mandela ließ sie aber nach dem Regimewechsel vernichten –, mag man ihm lediglich Symbolkraft, vielleicht sogar Irrelevanz unterstellen. Nur: Das stimmt so ganz und gar nicht.

Die Nuklearmächte sind nach Aussagen von Experten nicht gerade froh darüber, dass mit dem Atomwaffenverbotsvertrag der Einsatz und die Produktion von Atomwaffen völkerrechtlich illegal wird. Denn je mehr Staaten dabei sind, desto allgemein verbindlicher wird die völkerrechtliche und politische Wirkung.

Klare Mehrheit dafür

Honduras war der 50. Staat, der den Vertrag im Herbst ratifiziert hat. Damit war die Schwelle für das Inkrafttreten mit 22. Jänner 2021 erreicht. Das Potenzial des Vertrags ist aber größer: 122 Staaten haben 2017 am Ende der UN-Verhandlungen für den Vertragstext gestimmt, 84 haben schon unterzeichnet. Mit jedem weiteren Staat erhöht sich der Druck: Zwei Drittel aller Staaten der Welt unterstützen das Verbot. Das ist eine klare Mehrheit.

Das Ziel einer atomwaffenfreien Welt ist von allen Staaten grundsätzlich akzeptiert. Auch die USA betonen immer wieder, dass eine Welt ohne Atomwaffen nur mit einem Verbot möglich sei. Denn solange das Wissen zum Bau der Waffen da ist und der Bau legal ist, können immer wieder Nuklearwaffen hergestellt werden. Dass das nicht so schwer ist, sieht man an Nordkorea.

Österreich als Vorreiter

Österreich hat immer schon einen anderen Standpunkt vertreten als die Atommächte – darum hat sich die Regierung auch als Anführer der Bewegung engagiert. Hierzulande gilt bereits seit 1999 ein Atomwaffenverbot im Verfassungsrang, in dem alle Verpflichtungen des Vertrags vorweggenommen wurden. Das verlieh Österreich als Verhandler eine einzigartige Glaubwürdigkeit.

Bombenpläne für Tirol

Die Gründe für die Ablehnung sind auch historische. Österreich wäre zur Zeit des Kalten

Krieges Kampfschauplatz gewesen. Die UdSSR hatte den Plan, über Innsbruck Atombomben abzuwerfen, um den Transit von Deutschland nach Italien zu unterbrechen. Die Folgen für Tirol wären fatal gewesen.

Die USA hätten den russischen Panzer-Korridor über Ungarn an der Grenze östlich von Graz bombardieren wollen. Auch das hätte unfassbares Leid zur Folge gehabt.

"Nuklearer Winter"

Leid, das es heute noch immer zu verhindern gilt. Denn neue Erkenntnisse belegen, dass eine atomare Auseinandersetzung etwa in Südasien global verheerende Auswirkungen hätte – "uns in Europa würde ein nuklearer Winter drohen", warnen Hajnocz und Kmentt.. "Wir sind alle betroffen. Das ist nicht nur eine Sache der Atommächte."

Weblink: https://kurier.at/politik/ausland/neuer-verbotsvertrag-fuer-atomare-waffen-setzt-einen-meilenstein/401112495

Gemischte Reaktionen auf Inkrafttreten von Atomwaffenverbotsvertrag

WIEN. Atomwaffen sind seit dem heutigen Freitag international verboten. Die internationalen Reaktionen sind gemischt

"nachrichten.at" gefunden am 22.01.2021 17:01 Uhr

Österreichische Spitzenpolitiker und Vertreter internationaler Organisationen würdigten das Inkrafttreten des Atomwaffenverbotsvertrag (Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons/TPNW) als historisch. Kritik gab es von Russland, das von einem "Fehler" sprach. Deutschland reagierte kühl auf den Vertrag, der von allen Atommächten boykottiert wird.

"Damit schlagen wir eindeutig eine neue Seite auf", sagte Außenminister Alexander Schallenberg (ÖVP) bei einer Pressekonferenz am Freitagvormittag in Wien. "Die heimtückischste Waffe, die der Mensch je erfunden hat, ist mit dem heutigen Tag angezählt." Auch Bundespräsident Alexander Van der Bellen zeigte sich erfreut über den nun geltenden Vertrag und sprach von einem "schönen Erfolg" für Österreich. Dieser sei "ein wichtiger Schritt und ein klares Signal, dass wir diese unmenschlichen Waffen nicht akzeptieren". Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP), der den Vertrag 2017 als damaliger Außenminister unterzeichnet hat, sprach von einem "wichtigen Schritt in Richtung einer sicheren Welt".

"Atomwaffen sind eine unglaubliche Bedrohung für die Menschheit, daher gehören sie ein für allemal verboten", sagte Kurz. "Atomwaffen schaffen unter keinen Umständen Sicherheit, so naiv darf niemand sein." Vizekanzler Werner Kogner (Grüne) nannte den Vertrag einen "wichtigen Schritt für eine Welt ohne Atomwaffen". Ewa Ernst-Dziedzic, die außenpolitische Sprecherin der Grünen, erwartet, dass der Kreis der Unterstützerstaaten kontinuierlich wachsen wird.

Der Atomwaffenverbotsvertrag (Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons/TPNW) trat 90 Tage nach der Ratifikation durch den 50. Unterzeichnerstaat (Honduras) im vergangenen Oktober in Kraft getreten. Im maßgeblich von Österreich unterstützten Abkommen verpflichten sich die Unterzeichner dazu, diese Massenvernichtungswaffen "unter keinen Umständen" einzusetzen. Allerdings wird der Vertrag von allen bestehenden Atommächten boykottiert. Die russische Außenamtssprecherin Maria Sacharowa erklärte am Donnerstag in Moskau, man respektiere die Ansichten der Verfechter des Abkommens, Atomwaffen rasch abzuschaffen. Man sei aber gegen die Art, wie dieses Ziel erreicht werden soll, kritisierte Sacharowa "die künstliche Beschleunigung der atomaren Abrüstung". "Deshalb sehen wir das TPNW als Fehler an." Es säe Zwietracht in der internationalen Gemeinschaft und sei nicht in der Lage, zur Begrenzung und Verringerung von Atomwaffen beizutragen. "Das Abkommen ist für Russland und die anderen Länder, die es nicht unterzeichnen oder ratifizieren, unwirksam."

Eine Sprecherin des deutschen Außenministeriums sagte, dass es Einigkeit über das Ziel einer atomwaffenfreien Welt gebe. "Wir sind uns nicht mit allen Staaten einig, was ist der Weg, auf dem man dieses Ziel erreichen kann." Es müssten die "sicherheitspolitischen

Realitäten" beachtet werden. "Wir sind in der NATO Bündnisverpflichtungen unterworfen", fügte die Sprecherin mit Blick auf die Lagerung von Atomwaffen der NATO-Partner im Land hinzu.

Schallenberg zeigte sich zuversichtlich, dass weitere Staaten sich den bisher 51 Parteien des Abkommens anschließen. Konkret nannte er etwa die Schweiz und Brasilien. Der Außenminister mahnte, dass ein Atomwaffenverbot heute wichtiger denn je sei. Die Gefahr habe nicht abgenommen, und es gebe weltweit mehr als 13.000 Nuklearwaffen, wobei eine mittelgroße Atombombe heute die sechsfache Kraft der Hiroshima-Bombe habe. Die Statistik sage, dass es auch irgendwann in einem Atomwaffenarsenal zu Zwischenfall kommen werde, warnte Schallenberg. "Atomwaffen sind wie ein Damoklesschwert, das über Köpfen der ganzen Menschheit hängt." Der Außenminister präsentierte auch eine Video-Simulation, das die Folgen eines Atombombenabwurfes über dem Wiener Stephansdom zeigt. Als unmittelbare Folge wären demnach 230.380 Tote und 504.460 Verletzte zu erwarten. Die Druckwelle würde noch in Hütteldorf die Fenster bersten lassen, die Aschewolke mit radioaktiver Verseuchung bis Graz reichen.

Auch international wurde das Inkrafttreten des Vertrags begrüßt. Der erste multilaterale nukleare Abrüstungsvertrag seit mehr als zwei Jahrzehnten sei "ein wichtiger Schritt hin zu einer Welt ohne Nuklearwaffen und eine starke Demonstration der Unterstützung für eine multilaterale Herangehensweise bei der nuklearen Abrüstung", erklärte UNO-Generalsekretär Antonio Guterres nach Angaben der Nachrichtenagentur dpa in New York.

Weblink: https://www.nachrichten.at/politik/aussenpolitik/gemischte-reaktionen-auf-inkrafttreten-von-atomwaffenverbotsvertrag;art391,3342735

Bild: Anti-Atomwaffen-Demo am Freitag in Berlin
Bild: TOBIAS SCHWARZ (AFP)
frei

Ein zahnloser Vertrag gegen Atomwaffen tritt in Kraft

Dem neuen Abkommen gehört keine der neun Nuklearmächte an – heikle Fragen bleiben darin ungeregelt

ANDREAS RÜESCH

Gut drei Jahre nach seiner Aushandlung tritt am Freitag der internationale Vertrag über das Verbot von Atomwaffen in Kraft. Er stellt einen Versuch von bisher 51 Ländern hauptsächlich aus Lateinamerika, der Karibik und Afrika dar, den politischen und moralischen Druck auf die Atommächte zu erhöhen. Diese haben in den letzten Jahren keinerlei Fortschritte auf dem Weg der nuklearen Abrüstung mehr erzielt.

Das Abkommen verpflichtet die Teilnehmer, auf die Entwicklung, die Produktion und das Testen von Atomwaffen zu verzichten. Ebenso verbietet es, Atombomben anderer Staaten auf dem eigenen Territorium zu lagern, solche Waffen einzusetzen oder mit ihrem Einsatz zu drohen. Das Vertragswerk beschwört die Vision einer atomwaffenfreien Welt und erinnert an die katastrophalen Folgen, die ein Nuklearkrieg für die Menschheit hätte. Vereinbarungsgemäss tritt es drei Monate nach der Ratifikation durch mindestens 50 Staaten in Kraft. Diese Schwelle war im vergangenen Oktober erreicht, als Honduras als 50. Staat seine Ratifikationsurkunde einreichte.

Mehr Schaden als Nutzen
Kommentar auf Seite 20

Nicht eine Bombe weniger

Die treibenden Kräfte hinter dem Vertrag, darunter vor allem die von nichtstaatlichen Organisationen getragene und 2017 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnete Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (Ican), sehen einen wichtigen Meilenstein erreicht. Mit geradezu überschäumendem Optimismus sprach der Präsident des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, Peter Maurer, beim Erreichen der Ratifikationshürde von einem historischen Moment und der Chance, «die Ära der Atomwaffen zu beenden».

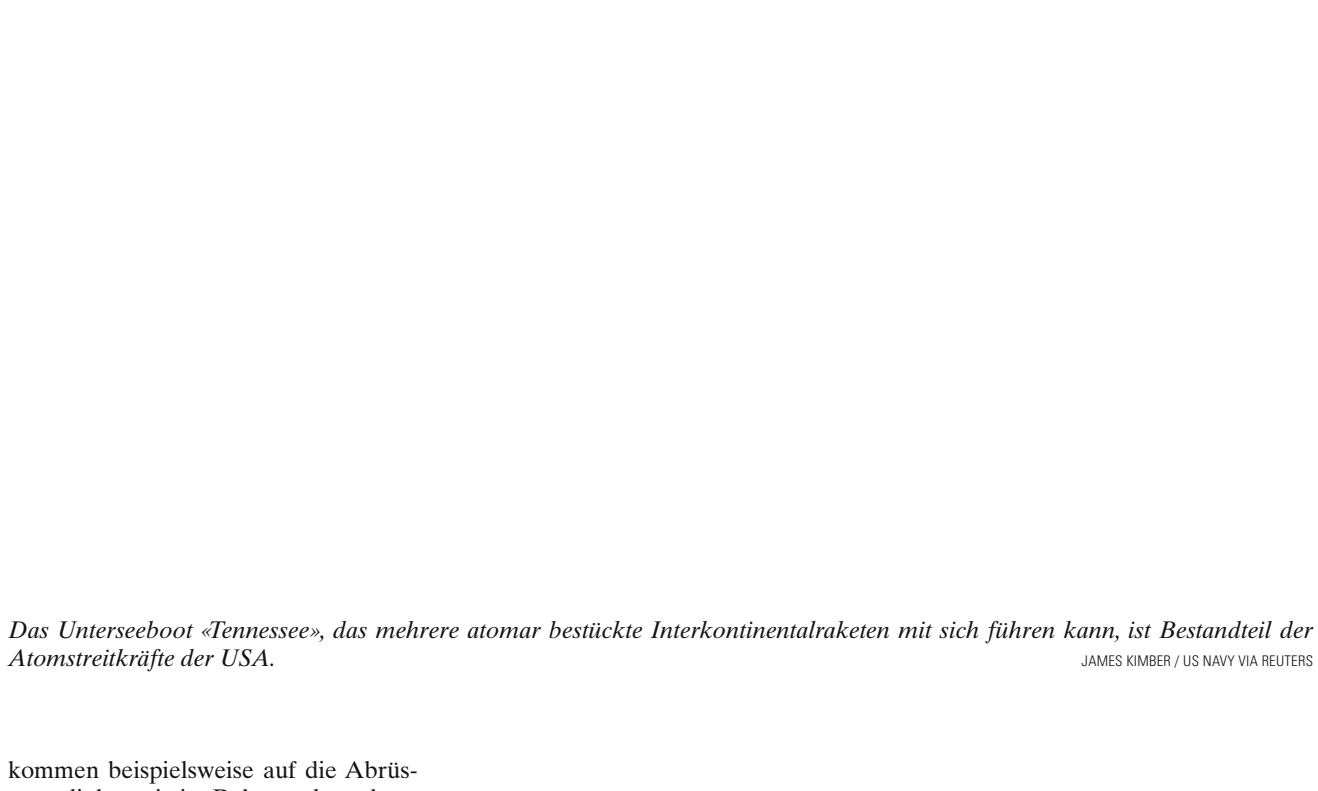
> Das Ziel der Initianten, eine völkerrechtliche Ächtung der Atomwaffen zu bewirken, ist ausser Reichweite.

Anders als es Maurer formulierte, stellt das Abkommen jedoch keineswegs eine «neue globale Norm» dar. Es hat eine sehr begrenzte Reichweite und auf absehbare Zeit keine Chance, universale Gültigkeit zu erlangen. Alle neun Atomwaffenstaaten lehnen einen Beitritt ab. Aufgrund des Vertrages wird keine einzige Atombombe vernichtet.

Zu den Gegnern zählen auch sämtliche Länder, die mit den USA in einer Verteidigungsallianz verbunden sind, unter ihnen die Mitglieder der Nato, Australien, Japan und Südkorea. Das sind insgesamt 39 Staaten. Die Nato bekräftigte im Dezember in einer gemeinsamen Erklärung den Willen zur Abrüstung, betonte aber, dass ein einseitiger Verzicht des Westens auf Atomwaffen nur zu grösserer Unsicherheit in der Welt führen würde. Selbst unter den Neutralen gibt es starke Bedenken. Während Österreich beigetreten ist, haben die Schweiz und Schweden mit Hinweis auf Schwachpunkte des Vertrages eine Unterzeichnung bisher abgelehnt. Bern wird in der zweiten Jahreshälfte eine neue Standortbestimmung vornehmen, wenn klarer wird, wie sich das Abkommen beispielsweise auf die Abrüstungsdiplomatie im Rahmen des geltenden Atomwaffensperrvertrages auswirkt.

So sammeln sich hinter dem Abkommen hauptsächlich Staaten des «globalen Südens», die sich vom Spannungsfeld zwischen den grossen Atommächten USA, Russland und China kaum betroffen fühlen. Abgesehen von Mexiko, Nigeria und Südafrika sind es Länder, die auch in wirtschaftlicher Hinsicht nur geringes Gewicht auf die Waagschale bringen. Ihr Anteil an den weltweiten Militärausgaben beträgt laut der Stiftung für Wissenschaft und Politik lediglich zwei Prozent.

Dies verweist auf eine der vielen Schwächen des Vertragstextes. Für die Promotoren hatte ein rasches Inkrafttreten Priorität gegenüber dem Anliegen, gewichtige Unterstützung in der Staatenwelt zu mobilisieren. Die Hürde für das Inkrafttreten – beliebige 50 Staaten – wurde sehr tief angesetzt. Zum Vergleich: Beim Atomsperrvertrag von 1968 hatten die Unterhändler als Bedingung festgelegt, dass auch die drei ersten Atommächte – USA, Sowjetunion und Grossbritannien – beitreten mussten. In ähnlicher Weise stellte man 2015 beim Klimavertrag von Paris sicher, dass das Abkommen von Beginn an globale Bedeutung hatte. Erst nach der Ratifikation durch Länder, die zusammen 55 Prozent der weltweiten Treibhausgasemissionen repräsentierten, konnte es seine Gültigkeit erlangen.



Das Unterseeboot «Tennessee», das mehrere atomar bestückte Interkontinentalraketen mit sich führen kann, ist Bestandteil der Atomstreitkräfte der USA. JAMES KIMBER / US NAVY VIA REUTERS

Fehlende Garantien

Das Ziel der Initianten, eine völkerrechtliche Ächtung der Atomwaffen zu bewirken, ist ausser Reichweite. Um irgendwann als Teil des internationalen Gewohnheitsrechtes zu gelten, müsste der Vertrag von einem Grossteil der Staatenwelt unterstützt werden. Dies wird angesichts der vielen Kritikpunkte wohl auch längerfristig ausbleiben. Bemängelt wird am Abkommen namentlich das Fehlen von wirksamen Mechanismen zur Überprüfung und Durchsetzung des Verbotes.

So gibt es keine genügenden Garantien dafür, dass ein Staat nicht heimlich trotzdem Atomwaffen entwickelt und als «nuklearer Monopolist» die übrige Welt erpressen könnte. Der Vertrag verlangt lediglich, dass die Mitglieder eine Standardvereinbarung mit der Internationalen Atomenergieagentur (IAEA) zur Kernmaterialüberwachung abschliessen. Er ist damit nicht auf der Höhe der Zeit, denn solche Safeguard-Abkommen haben sich längst als untauglich erwiesen, Betrügereien zu verhindern. Das Minimum wäre der «Goldstandard» der IAEA, das sogenannte Zusatzprotokoll, das erweiterte Möglichkeiten für Inspektionen bietet.

Völlig offen bleibt auch, was bei einem Verstoss gegen das Atomwaffenverbot geschähe. Der Vertrag sieht für diesen Fall nur Verhandlungen vor, aber keine Zwangsmassnahmen. Selbst wenn die Teilnehmer diesen Mangel in einer späteren Revision zu beheben versuchten und beispielsweise dem Uno-Sicherheitsrat eine Rolle zuwiesen, bliebe ein heikler Punkt ungeklärt. Was geschähe, wenn die angeschuldigte Partei eine der bisherigen fünf Atommächte im Sicherheitsrat wäre? Sie könnte dann eine Diskussion ganz einfach mit ihrem Veto blockieren.

Angesichts des tiefen Misstrauens zwischen den Atommächten ist unvorstellbar, dass sie in einem derart problematischen Rahmen ihre nukleare Absicherung aus der Hand geben könnten. Das ist allerdings auch gar nicht das unmittelbare Ziel der Initianten. Ican und andere Befürworter hoffen auf die Entstehung einer «Bewegung» und von gesellschaftlichem Druck, der die Atommächte zum Umdenken bringt. Als Zwischenziel wird die Delegitimierung von Atomwaffen angestrebt und damit beispielsweise das Austrocknen des Kapitalmarktes für nuklear tätige Rüstungsfirmen.

Diese Stossrichtung zeigt allerdings, dass sich der Vertrag politisch einseitig gegen westliche Demokratien wendet. Autokratien wie Russland, China oder Nordkorea werden von diesem zivilgesellschaftlichem Aktivismus unberührt bleiben. Die westlichen Atommächte halten den Verbotsvertrag deshalb für den falschen Weg und argumentieren, dass Abrüstungsschritte wie bisher über Verhandlungen zwischen den wichtigsten Akteuren erzielt werden sollten.

London brüskiert Brüssel

EU-Botschafter muss auf vollen diplomatischen Status verzichten

NIKLAUS NUSPLIGER, LONDON

Auf dem diplomatischen Parkett spielen protokollarische Fragen eine wichtige Rolle. In der Sitzordnung bei einem Essen mit Diplomaten oder Politikern oder bei offiziellen Ansprachen gilt daher eine klar geregelte Hierarchie, welche die Gäste ihrer nominellen Bedeutung nach ordnet. Umso brisanter wirkt vor diesem Hintergrund ein seit langem schwelender diplomatischer Zwist zwischen London und Brüssel, der nach dem Ende der Brexit-Übergangszeit nun offen ausgebrochen ist. Grossbritannien weigert sich, dem EU-Botschafter in London und seinen Mitarbeitern den vollen diplomatischen Status gemäss der Wiener Konvention von 1961 zu verleihen, was in Brüssel als Affront und Zeichen der Geringschätzung empfunden wird. Der EU-Aussenbeauftragte Josep Borrell hat dem britischen Aussenminister Dominic Raab in der Angelegenheit geschrieben, um seiner «ernsthaften Besorgnis» Ausdruck zu verleihen.

Keine Audienz bei der Queen

Konkret soll der Leiter der EU-Delegation in London, der Portugiese João Vale de Almeida, nicht den Status eines Botschafters eines souveränen Staates haben, sondern nur den Status eines Repräsentanten einer internationalen Organisation. Vertreter solcher Körperschaften wie etwa der Internationalen Seeschifffahrtsorganisation sind zwar als Diplomaten durchaus anerkannt, geniessen aber nicht die volle Immunität. Zudem sind sie den Botschaftern von Staaten protokollarisch unterstellt und haben laut der BBC nicht die Möglichkeit, der Königin ihr Beglaubigungsschreiben persönlich zu übergeben.

Das britische Aussenministerium beteuert, der Entscheid sei nicht Ausdruck von EU-Skepsis. Vielmehr wolle man einen Präzedenzfall vermeiden, auf den sich Vertreter anderer internationaler Organisationen berufen könnten. Allerdings steht London mit dieser Haltung allein da: In allen 142 anderen Staaten, in denen die EU mit einer Vertretung präsent ist, geniesst der EU-Botschafter einen vollwertigen Status. Im Vertrag von Lissabon von 2010 verpflichtete sich auch der damalige EU-Staat Grossbritannien, Vertreter des Auswärtigen Dienstes der EU diplomatisch voll anzuerkennen. Doch nach dem Brexit fühlt sich London nicht mehr an diese Zusage gebunden.

Existenzielle Unsicherheiten

Mit ihrer Spitze gegen die EU treffen die Briten in Brüssel einen wunden Punkt. Denn die zuständigen Dienste in der Kommission und im EU-Rat achten peinlich genau darauf, dass EU-Vertreter bei internationalen Treffen gleich behandelt werden wie Repräsentanten von Nationalstaaten. Dies zeigt sich bei den Treffen der sieben wichtigsten Industrienationen (G-7), zu denen die Präsidenten des EU-Rats und der EU-Kommission eingeladen sind (der nächste G-7-Gipfel findet im Juni im englischen Cornwall statt). Die Brüsseler Empfindlichkeiten zeugen von der existenziellen Unsicherheit der EU, die zwar mehr als ein klassischer Staatenbund ist, aber weniger als ein souveräner Bundesstaat nach amerikanischem Vorbild.

Als Folge des Brexit-Handelsvertrags bleiben London und Brüssel in etlichen Feldern vom Datenschutz über Handelsfragen bis zur Fischerei auf ein gutes Einvernehmen angewiesen. Abzuwarten bleibt daher, ob die Briten wegen der protokollarischen Formalität die EU nachhaltig verstimmen wollen. 2018 stuften auch die USA unter Donald Trump den EU-Botschafter in Washington protokollarisch herunter. Ein Jahr später nahmen sie den Entscheid wieder zurück – nach heftigem Protest der EU-Staaten, die gerne nationale Spitzendiplomaten in wichtigen EU-Botschaften platzieren. Trumps Botschafter in Brüssel, Gordon Sondland, begründete die Kehrtwende damals mit den Worten, die EU sei eine «einzigartig wichtige Organisation».

Internationales Verbot von Atomwaffen tritt in Kraft

21.1.2021 kurier.at

k.at News

Atomwaffen sind ab dem heutigen Freitag international verboten. 90 Tage nach der Ratifikation durch den 50. Unterzeichnerstaat tritt nämlich der Atomwaffenverbotsvertrag (Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons/ TPNW) in Kraft.

Im maßgeblich von Österreich unterstützten Abkommen verpflichten sich die Unterzeichner dazu, diese Massenvernichtungswaffen "unter keinen Umständen" einzusetzen. Allerdings wird der Vertrag von den bestehenden Atommächten boykottiert. Die Unterstützer, darunter Österreich, sprechen dennoch von einem historischen Meilenstein. Außenminister Alexander Schallenberg (ÖVP) plant für Freitag eine Pressekonferenz dazu. Österreich soll in einem Jahr auch die erste Vertragskonferenz des TPNW ausrichten, der im Jahr 2017 von 122 Staaten unterzeichnet worden war. Aufgrund des massiven Lobbyings der Atommächte haben aber erst 51 Staaten das Abkommen ratifiziert.

Die Befürworter des Vertrags wollen nun vor allem die Öffentlichkeit in den Nuklearstaaten und ihren Verbündeten wie etwa Deutschland mobilisieren. Hoffnungen setzt man auch in den neuen US-Präsidenten Joe Biden. Er war Stellvertreter von US-Präsident Barack Obama, der im Jahr 2010 die Vision einer atomwaffenfreien Welt entwickelte und damit zum Anstoßgeber für den Verbotsvertrag wurde.

derStandard.at/dieEchtzeitung
"www.derstandard.at" vom 22.01.2021 06:00
Ressort: Kommentare der anderen

Stell dir vor, es ist Krieg, und es gibt keine Massenvernichtungswaffen mehr

Der Atomwaffenverbotsvertrag, der am Freitag in Kraft tritt, ist nicht symbolisch, sondern denkt Sicherheit neu

Thomas Roithner

Der UN-Vertrag zur Ächtung von Atomwaffen kann einen Paradigmenwechsel im Sicherheitsdenken einläuten, sagt der Friedensforscher Thomas Roithner im Gastkommentar.

Die UN-Generalversammlung debattierte die "Entfernung von Atomwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen aus den nationalen Waffenbeständen". Nicht erst kürzlich online, sondern vor genau 75 Jahren, Anfang 1946. Heute, am 22. Jänner 2021, passiert Historisches: Der Atomwaffenverbotsvertrag tritt in Kraft. Er verbietet so gut wie alles: Entwicklung, Test, Erwerb, Besitz, Stationierung, Aufstellung und Lagerung dieser Waffen. Eine breite Mehrheit von Staaten hat den Vertrag 2017 mit 122 Stimmen angenommen, und über 50 haben ihn bereits ratifiziert.

Seit über 50 Jahren haben die Staaten einen Deal, nämlich den Nichtweiterverbreitungsvertrag. Jene, die keine Atombomben haben, beschaffene keine. Jene mit Atombomben rüsten diese in redlicher Absicht vollständig ab. Das mit dem gänzlichen Abrüsten der "haves" klappt nicht, und es stellte sich Ungeduld bei den "have nots" ein. Der umgekehrte Weg war mehrfach erfolgreich: Nicht die kleine Minderheit mit den Waffen entscheidet allein über deren Fortbestand, sondern alle sitzen am Tisch. So geht Demokratie in der internationalen Politik. Auch bei der Bio- oder Chemiewaffenkonvention, beim Übereinkommen gegen Antipersonenminen oder Streumunition sind sehr viele, aber nicht alle Staaten beim völkerrechtlichen Verbot dabei.

Uneinige EU

Der Pferdefuß: Die "nuclear nine" – die neun Atomwaffenstaaten – bewegen sich nicht. Dennoch ist der Vertrag keine Symbolik. Heute zeigt sich: Kaum ein Staat droht folgenlos offen mit Waffen, die durch einen internationalen Vertrag verboten wurden. Österreich kann als Vertragsstaat den Transit von Atomwaffen nicht erlauben.

Die EU-Staaten haben mehrheitlich zwei Hüte auf. Das EU-Parlament begrüßte vor den Verhandlungen die aktive Teilnahme daran. Als Nato-Mitglieder ließen sie sich von den USA an die Nukleardoktrin erinnern und boykottieren den Vertrag. Breiteste Bevölkerungsmehrheiten verlangen den Nuklearbann. Aber lediglich die neutralen Länder Österreich, Irland und Malta sind beim Verbotsvertrag an Bord. Die Wertegemeinschaft und Friedensnobelpreisträgerin EU ist uneinig.

Der Vertrag zum Atomwaffenverbot zeigt auch: Uno und Multilateralismus klappen auch. Bilaterale Verträge wurden gekündigt, beispielsweise jener zum Verbot von Mittel- und Kurzstreckenraketen oder der "Open Skies"-Vertrag. Der "New Start" zur Begrenzung

strategischer Nuklearpotenziale läuft im Februar 2021 aus, und US-Präsident Joe Biden wird rasch mit Moskau reden müssen. Den Raketenabwehrvertrag gibt es längst nicht mehr, und auch das Atomabkommen mit dem Iran hat mehr als genug Fragezeichen. Oft wurde widerlegt, dass Atomwaffen heute für Stabilität sorgen.

Sicherheit neu denken

Österreich war in jeder Phase in der ersten Reihe. Beim Schmieden eines Bündnisses, beim Brückenbau und Verfassen des Vertrages – und für die Phase nach dem Inkrafttreten mit "guten Diensten". Der Vertrag als völkerrechtlich für die Mitgliedsstaaten bindendes Instrument ist auch für die Wirtschaft ein Signal: Banken schauen auf ihre Richtlinien hinsichtlich der Finanzierung von Atomwaffen. "Dont't bank on the bomb" (Verlassen Sie sich nicht auf die Bombe") lautet der Slogan der Bewegung.

Es gibt noch dicke Bretter zu bohren. Ein effektiver Vertrag muss glaubwürdig kontrolliert werden. Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser. Es geht nicht nur darum, dass niemand heimlich eine Atombombe baut, sondern auch keinerlei Unterstützung anbietet oder als "Freundschaftsdienst" kurz zwischenlagert.

Staaten garantierten auch mit Waffen ihre Sicherheit. Viel zu lange schon. Aber niemand kann soziale, humanitäre, medizinische oder wirtschaftliche Schäden eines Atomwaffeneinsatzes schultern. Das Konzept der menschlichen statt der staatlichen Sicherheit rückt in den Mittelpunkt. Der Vertrag sieht daher auch Hilfe für Opfer und Umweltschäden vor. Der Atomwaffenverbotsvertrag kann auch einen Paradigmenwechsel im Sicherheitsdenken einläuten. (Thomas Roithner, 22.1.2021)

Thomas Roithner ist Friedensforscher, Privatdozent
für Politikwissenschaft an der Universität Wien und Mitarbeiter im Internationalen Versöhnungsbund.

Zum Thema:

Ican-Direktorin: "Nuklearwaffen sind wieder ein Machosymbol"Podcast:

Stehen wir vor einer atomaren Katastrophe?

Weblink: http://derstandard.at/2000123507739